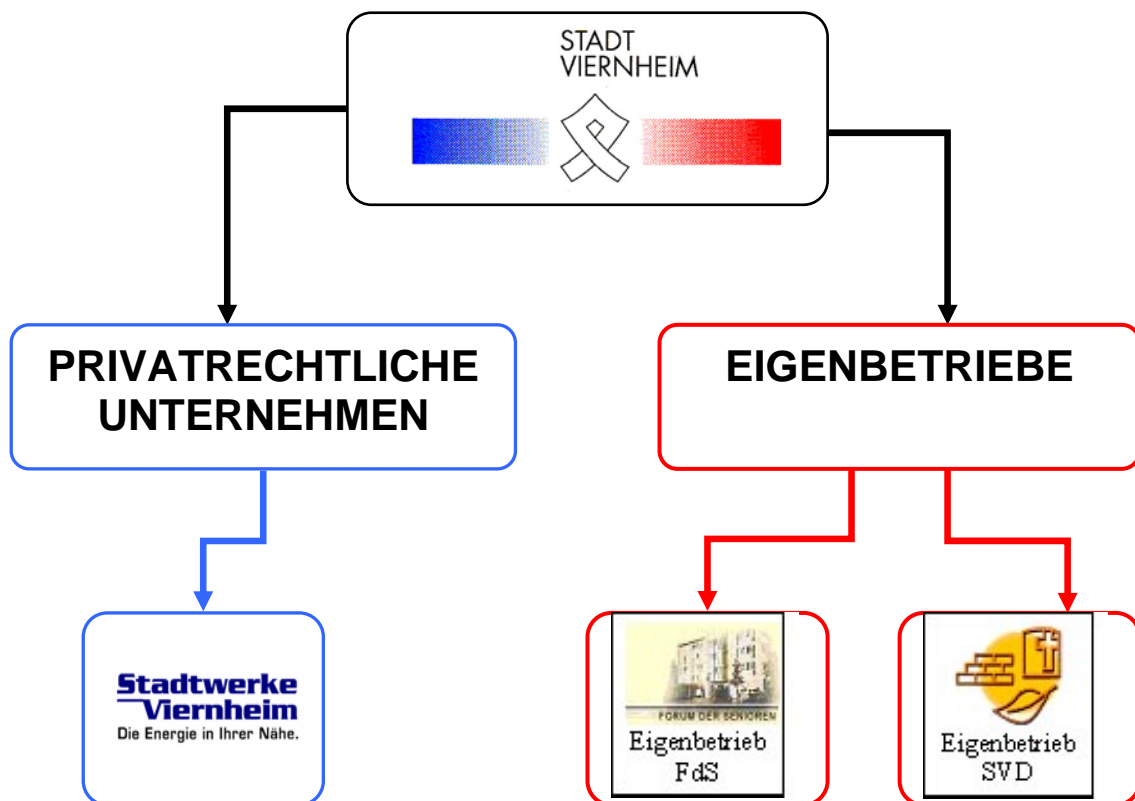


FORTSCHREIBUNG DES BETEILIGUNGS- BERICHTS

2008



Vorwort des Bürgermeisters

Nach dem im Rahmen der Novellierung der Hessischen Gemeindeordnung durch den § 123a die Verpflichtung für die Kommunen aufgenommen wurde, jährlich einen Bericht über ihre Beteiligungen an Unternehmen in einer Rechtsform des Privatrechts abzugeben, wenn ihnen mindestens der zwanzigste Teil eines Unternehmens gehört, legte die Stadt Viernheim im Jahre 2005 ihren ersten Beteiligungsbericht vor.

Im Interesse einer möglichst umfassenden Information der Kommunalpolitiker aber auch der Bürgerinnen und Bürger erstreckte sich dieser erste Bericht nicht nur auf verpflichtend aufzunehmende Angaben zu der Stadtwerke Viernheim GmbH, sondern enthielt auch Daten zu den beiden Eigenbetrieben und wesentlichen Mitgliedschaften der Stadt in Verbänden u.ä.

Da nach der Kommunalwahl viele neue Stadtverordnete ihre Arbeit aufgenommen haben, war auch der zweite Beteiligungsbericht in diesem Umfang abgefasst, um auch ihnen das Ausmaß der wirtschaftlichen Betätigung der Stadt insgesamt transparent zu machen und aufzuzeigen, dass die vielfältigen Aufgaben, die eine Stadt wie Viernheim wahrzunehmen hat, nicht allein durch die Ämter der Stadtverwaltung, sondern u.a. auch in Zusammenarbeit mit anderen Kommunen in Zweckverbänden, wie dem z.B. dem Abwasserverband Bergstraße, und natürlich die beiden Eigenbetriebe wahrgenommen werden.

Die Fortschreibung des Beteiligungsberichtes im Jahr 2007 beschränkte sich dagegen auf die beiden Eigenbetriebe sowie die Stadtwerke Viernheim GmbH, da es keine bedeutsamen Änderungen an den sonstigen Beteiligungen gab.

So wurde auch in dieser Fortschreibung für das Jahr 2008 verfahren.

Die Erstellung eines umfassenderen Berichtes ist nach der nächsten Kommunalwahl geplant, da dann wieder mit umfassenderen Veränderungen in den Besetzungen der Organisationen und Institutionen zu rechnen ist.

Ich wünsche Ihnen eine informative Lektüre.

Matthias Baaß
Bürgermeister



Inhaltsverzeichnis

1. Einführung	
1.1. Der Beteiligungsbericht nach §123a HGO	1
1.2. Auslegung des Beteiligungsbegriffes für Beteiligungs- berichte der Stadt Viernheim	1
1.3. Datengrundlagen des Berichts	2
1.4. Erläuterung der Rechts- und Organisationsformen	2
1.4.1. Eigenbetriebe	2
1.4.2. Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)	2
2. Beteiligungen	
2.1. Wirtschaftliche Daten der Eigenbetriebe/Gesellschaften mit mehr als 20 %-iger Beteiligung	3
2.2. Die Beteiligungen im Einzelnen	6
2.2.1. Eigenbetriebe	7
2.2.1.1. Stadtbetrieb Viernheim Dienstleistungen	8
2.2.1.2. Forum der Senioren	15
2.2.2. Kapitalgesellschaften	20
2.2.2.1. Stadtwerke Viernheim GmbH	21
2.2.2.2. Stadtwerke Viernheim Netz GmbH	
3. Allgemeine gesetzliche Grundlagen	37

1. Einführung

1.1. Der Beteiligungsbericht nach §123a HGO

Magistrat und Stadtverordneten-Versammlung haben nach § 1 Abs. 1 der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) die Aufgabe, das Wohl der Einwohner zu fördern. Dies erfolgt u.a. durch die Aufstellung des Haushaltsplans und damit der Festlegung der Verwaltungstätigkeiten im Haushaltsjahr.

Die Kommunen bedienen sich inzwischen zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben aber auch zunehmend kommunaler Unternehmen und lassen öffentliche Leistungen durch Eigen- oder Beteiligungsgesellschaften erbringen. Hiermit ist ein Verlust der Möglichkeiten zur Einflussnahme durch die kommunalen Gremien und der parlamentarischen Kontrolle verbunden ist. Die im Haushaltsrecht gebotene Transparenz ist nicht mehr in bisheriger Form gegeben.

Zur ordnungsgemäßen Erfüllung ihrer Aufgabe benötigen die Gemeindeorgane daher einen Überblick über alle Betätigungen der Kommune, auch über diejenigen, die sich nicht oder nur eingeschränkt im Haushaltsplan wieder finden.

Der im Rahmen der Novellierung in die HGO neu aufgenommene **§ 123a „Beteiligungsbericht und Offenlage“** will dies sicherstellen und regelt im 1. Absatz:

(1) Die Gemeinde hat zur Information der Gemeindevertretung und der Öffentlichkeit jährlich einen Bericht über ihre Beteiligungen an Unternehmen in einer Rechtsform des Privatrechts zu erstellen. In dem Bericht sind alle Unternehmen aufzuführen, bei denen die Gemeinde mindestens über den fünften Teil der Anteile verfügt.

Während Absatz 2 näher auf den erforderlichen Inhalt des Berichts eingeht, enthält Absatz 3 die Regelung, dass der Beteiligungsbericht in der Stv.-Versammlung in öffentlicher Sitzung zu erörtern ist und dass die Einwohner über das Vorliegen des Berichtes in geeigneter Form zu unterrichten sind. Sie sind berechtigt, ihn einzusehen. So ist gewährleistet, dass sich nicht nur die Mandatsträger ein Bild über die Lage der Kommune machen können, sondern auch jeder Einwohner berechtigt ist, sich über die Beteiligungen der Stadt zu informieren.

1.2. Auslegung des Beteiligungsbegriffs für Beteiligungsberichte der Stadt Viernheim

Nach §123a HGO ist ein Beteiligungsbericht für Beteiligungen an privatrechtlichen Unternehmen (z.B. AG, GmbH) zu erstellen, sofern die Kommune mindestens 20 % der Anteile hält.

Der Beteiligungsbericht der Stadt Viernheim muss demnach Angaben zu der 100%igen Beteiligung an der Stadtwerke Viernheim GmbH bzw. zu der über diese erfolgende 100%ige Beteiligung an der Stadtwerke Netz GmbH enthalten.

Da es aber Intention der neuen Regelung ist, mehr Transparenz zu schaffen und einen Gesamtüberblick über die Betätigung der Gemeinde zu geben, ist es angebracht, darüber hinaus auch auf weitere bedeutende Beteiligungen / Mitgliedschaften der Stadt Viernheim, z.B. in Zweckverbänden und Vereinen einzugehen. In den Beteiligungsberichten 2005 und 2006 wurden diese weiteren Beteiligungen und Mitgliedschaften ausführlich behandelt. Da sich hierzu, wie in 2007, keine grundlegenden Veränderungen ergeben, erscheint eine neuerliche Auflistung entbehrlich. Allerdings bezieht sich der diesjährige Bericht neben dem Pflichtteil Stadtwerke auch auf die beiden Eigenbetriebe, da diese bedeutende Auswirkungen auf den städtischen Haushalt haben.

1.3. Datenstand des Berichtes

Die Daten beziehen sich jeweils auf das Haushalts- bzw. Wirtschaftsjahr 2007. Bei den Angaben zur Besetzung der Gremien/Organe wird die zum Zeitpunkt der Erstellung des Berichtes geltende Besetzung genannt.

1.4. Erläuterung der Rechts- und Organisationsformen

Im Folgenden wird eine kurze Definition der Rechts- und Organisationsformen gegeben auf die im Rahmen dieses Berichtes eingegangen wird.

1.4.1. Eigenbetriebe

Eigenbetriebe sind wirtschaftliche Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit auf der Grundlage des Eigenbetriebsgesetzes. Hinsichtlich der Organisation und Wirtschaftsführung sind diese Unternehmen verselbständigt, d.h. von der übrigen Stadtverwaltung getrennt. Finanzwirtschaftlich sind sie aus dem Gesamtvermögen der Stadt herausgenommen.

Die Stadtverordneten-Versammlung entscheidet über die Grundsätze nach denen der Eigenbetrieb gestaltet und wirtschaftlich geleitet werden soll. Ihr obliegt vor allem die Beschlussfassung über den Wirtschaftsplan und die Feststellung des Jahresabschlusses (§ 5 Eigenbetriebsgesetz).

Organe des Eigenbetriebs sind die Betriebsleitung und die Betriebskommission.

1.4.2. Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

Die GmbH ist eine juristische Person des Privatrechts und verfügt über eine eigene Rechtspersönlichkeit.

Die bzw. der Gesellschafter sind/ist mit Einlagen (= Stammkapitalanteilen) auf das Stammkapital, das mindestens 25.000 € betragen muss, beteiligt, ohne persönlich für die Verbindlichkeiten der Gesellschaft zu haften.

Zwingende Organe der GmbH sind die Geschäftsführung und die Gesellschafterversammlung.

Die Bildung eines Aufsichtsrates ist nach dem GmbH-Gesetz nicht vorgeschrieben, für Unternehmen mit kommunaler Beteiligung ergibt sich das Erfordernis dieses Gremiums aber aus § 122 Absatz 1 Nr. 3 HGO, um die Einflussnahmemöglichkeit der Kommune sicherstellen zu können.

Als Grundlage der GmbH wird von den Gesellschaftern bzw. dem Gesellschafter ein Gesellschaftsvertrag abgeschlossen.

2. Die Beteiligungen

2.1. Wirtschaftliche Daten der Eigenbetriebe/Gesellschaften mit mehr als 20%-iger Beteiligung

EIGENBETRIEBE	Kapitalanteil	Bilanzdaten 2007			Gewinn- und Verlustrechnung 2007		
		Anlagevermögen €	Eigenkapital €	Aktiva gesamt €	Umsatzerlöse €	Personal- aufwand €	Jahres- ergebnis €
Stadtbetrieb Viernheim Dienstleistungen	100%	15.608.363,73	566.962,94	16.828.931,69	2.254.075,63	1.652.522,44	- 527.201,68
Forum der Senioren	100%	18.858.102,05	2.782.820,85	20.126.786,87	4.280.968,39	2.489.493,08	272.926,04

KAPITAL- GESELLSCHAFTEN	Kapitalan- teil	Bilanzdaten 2007			Gewinn- und Verlustrechnung 2007		
		Anlagevermögen €	Eigenkapital €	Aktiva gesamt €	Umsatzerlöse €	Personal- aufwand €	Jahresergebnis €
Stadtwerke Viernheim GmbH	100%	26.534.014,35	16.631.042,49	38.902.659,12	46.715.715,02	4.854.259,35	377.627,94
Stadtwerke Viernheim Netz GmbH	100% über Stadt- werke GmbH		49.988,05	770.607,32	14.466.798,35	306.981,69	0,- (Ergeb. der gew. Geschäftstätigkeit -996.634,33)

2.2. Die Beteiligungen im Einzelnen

2.2.1. Eigenbetriebe



2.2.1.1. Stadtbetrieb Viernheim Dienstleistungen



Industriestraße 16
68519 Viernheim
Telefon: 06204 607 56-11
Telefax: 06204 607 56-

Unternehmenszweck:

Der Stadtbetrieb Viernheim Dienstleistungen (SVD) erfüllt mit seinen Betriebszweigen Bauhof, Friedhöfe und Stadtgärtnerei den Zweck, Dienstleistungen für den Verwaltungsbereich der Stadt Viernheim wahrzunehmen, durchzuführen und sicherzustellen.

Organe des Unternehmens:

Betriebs-

kommission: *(BK)*

Hans Busalt	wirtschaftl./techn. erfahrene Person
Dr. Sven Cunksis	Stadtverordneter
Jenny Dieter	Stadtverordnete
Klaus Eschelbach	Personalrat
Dieter Gross	Stadtverordneter
Reinhard Hölscher	Stadtverordneter
Hans Peter Martin	Personalrat (bis Ende August 2008)
Klaus Niebler	Stadtverordneter
Bernd Ranft	wirtschaftl./techn. erfahrene Person
Martin Ringhof,	1. Stadtrat (Vorsitzender)
Heinz Rohrbacher	Ehrenstadtrat
Klaus Schottenhofer	Personalrat (ab Ende August 2008)
Walter Sax	Stadtverordneter
Bernhard Seitz	Stadtrat
Tobias Weiße	Stadtverordneter

Betriebsleitung: *(BL)*

Rainer Kempf

Rechtliche und wirtschaftliche Daten:

<i>Sitz:</i>	Viernheim
<i>Rechtsform:</i>	Eigenbetrieb
<i>Gründung:</i>	01.01.1997
<i>Stammkapital:</i>	1.022.583,76 €
<i>Beteiligungen:</i>	Alleiniger Eigentümer ist die Stadt Viernheim
<i>Jahresabschluss:</i>	2007 geprüft durch die Moore Stephens Treuhand AG, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Feststellung durch die Stadtverordneten-Versammlung 07.11.2008

Belastungen für den städtischen Haushalt: Erstattung der nichtumlagefähigen Kosten der Friedhöfe in Höhe von 450.000 €
Ausgleich Jahresfehlbetrag in Höhe von 527.201,68 €

Bedeutsame Entscheidungen/Maßnahmen in 2007 und 2008:

⊗ Schaffung eines Rasengrabfeldes

Die BK des Stadtbetriebs stimmte am 15.05.2007 der Schaffung von Rasengräbern auf dem Waldfriedhof zum 01.08.2007 zu. Der entsprechende Beschluss der Stv.-Versammlung erfolgte am 22.06.2007. Gleichzeitig wurden die Friedhofsordnung und die Friedhofsgebührenordnung um die Regelungen zu dieser neuen Bestattungsform ergänzt.

Mit dem Angebot dieser zusätzlichen Bestattungsart wird es zum einen möglich, relativ kostengünstige Erdbestattungen anzubieten, die dennoch nicht anonym sind und bei denen die Pflege für die gesamte Belegungsdauer sichergestellt ist.

⊗ Änderung der Friedhofsordnung – Wegfall der Stichtagsregelung für den Friedhof Lorsche Straße

Die BK des Stadtbetriebs stimmte am 18.06.2008 der Änderung der Friedhofsordnung zur Aufhebung der Stichtagsregelung für die Wiederbelegungsmöglichkeiten der Wahlgrabstätten auf dem Friedhof Lorsche Straße zu. Gleichzeitig wurde festgelegt, dass auf dem Friedhof Lorsche Straße das Gesamtnutzungsrecht (möglicher Wiederankauf und Verlängerung des Nutzungsrechtes) 60 Jahre, gerechnet vom 31.12.2008 an, nicht überschreiten darf. Es wurde geregelt, dass ab dem 01.01.2044 keine Bestattungen auf dem Friedhof Lorsche Straße mehr zulässig sind und dass nach Ablauf der Ruhefristen eine Entwidmung zum 31.12.2068 vorgesehen ist.

Der entsprechende Beschluss der Stv.-Versammlung erfolgte am 29.08.2008.

Bilanz des Unternehmens

AKTIVA			PASSIVA		
	Stand 31.12.2007 €	Stand 31.12.2006 €		Stand 31.12.2007 €	Stand 31.12.2006 €
A. Anlagevermögen	15.608.363,69	15.675.892,93	A. Eigenkapital	566.962,94	562.899,89
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	373,00	1.369,00	I. Stammkapital	1.022.583,76	1.022.583,76
II. Sachanlagen	15.607.990,73	15.674.523,93	II. Rücklagen	71.580,86	71.580,86
			III. Verlust	-527.201,68	-531.264,73
B. Umlaufvermögen	1.220.553,62	1.379.624,32	B. Rückstellungen	159.254,51	162.278,00
I. Vorräte	6.673,96	7.036,56			
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.133.550,23	1.056.603,60	C. Verbindlichkeiten	13.670.350,08	14.100.438,99
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	80.329,43	333.984,16			
D. Rechnungsabgrenzungsposten	14,34	1.917,79	D. Rechnungsabgrenzungsposten	2.432.364,16	2.249.818,16
SUMME AKTIVA	16.828.931,69	17.075.435,04	SUMME PASSIVA	16.828.931,69	17.075.435,04

Gewinn- und Verlustrechnung

Position	GuV 2007 €
+ Umsatzerlöse/Erträge Friedhöfe	2.254.075,63
+ andere aktivierte Eigenleistungen	8.636,00
+ sonstige betriebliche Erträge	46.537,60
- Materialaufwand	21.955,23
- Personalaufwand	1.652.522,44
- Abschreibungen	379.728,45
- sonstiger betriebliche Aufwendungen	629.768,54
+ sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2.119,04
- Zinsen und ähnliche Aufwendungen	598.924,11
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-971.530,50
- Sonstige Steuern	5.671,18
Zwischenergebnis	-977.201,68
- Abschläge Verlustabdeckung Friedhof	450.000,00
Jahresverlust	-527.201,68

Auszug aus dem geprüften und bestätigten Lagebericht für das Geschäftsjahr 2007:

Geschäftsverlauf und Lage des SVD

[.....]

Insgesamt ist eine Verringerung des Jahresverlustes um € 4.063,05 im Vorjahresvergleich zu verzeichnen (2006: € 531.264,73; 2007: € 527.201,68). Das Gesamtergebnis des Erfolgsplanes verschlechterte sich im Vergleich zum Planergebnis im Wesentlichen durch den Einnahmeausfall aus der 2007 nicht realisierbaren Verwertung des Stadtgärtnerengeländes bei den sonstigen Erträgen von rd. T€240.

Bei den Erträgen aus der Vergabe von Grabnutzungsrechten wurden in 2007 € 273.387,00 abgegrenzt und der passiven Rechnungsabgrenzung zugeführt (ergebniswirksame Erträge 2007 hier: € 5.936,00 ohne Erträge aus der Auflösung der PRA)

Für die Erhebung der Friedhofsgebühren war in 2007 die Friedhofsgebührenordnung vom 05.12.2003 maßgebend, die am 01.01.2004 in Kraft getreten war.

Nach der dieser Gebührenordnung zugrunde liegenden Kalkulation verbleibt ein großer Anteil der Kosten (rd. 450.000 €/a) als nichtumlagefähige Kosten (NUK/Aufwendungen für ausgebauter Vorhalte-Grabfelder, nicht ausgebauter Reserveflächen, öffentliches Grün und Kriegsgräber) beim SVD und verschlechtert so das Betriebsergebnis bzw. lässt ein ausgeglichenes Ergebnis für die Betriebsstelle Friedhöfe nicht zu.

Die Kosten- und Leistungsrechnung (KLR) für die Betriebsbereiche Bauhof und Grün einschließlich der Kostenträgerrechnung wurde zum 01.01.2004 erstmals insgesamt im Stadtbetrieb eingeführt.

Demnach wurden 2007 erstmals für beide Betriebsbereiche einheitliche Stundensätze, gestaffelt nach den Kategorien Service-Team-Leiter, Facharbeiter und Mitarbeiter, sowie (wie bisher) separate Stundensätze für die eingesetzten Fahrzeuge abgerechnet. Die angefallenen Materialkosten wurden nach tatsächlichem Anfall berechnet. Hierbei ist eine Überprüfung aller Kostensätze und eine Anpassung der bisherigen Kostensätze für die Fahrzeuge zum 01.01.2007 erfolgt.

Die Außenstellen Bürgerhaus/Waldsporthalle sind mit der organisatorischen Änderung zum 01.01.2007 (Zurückführung des Personals zur Stadt) im Stadtbetrieb entfallen.

Im Betriebszweig Betriebshof verblieb ein Verlust von € 102.547,27 (2006: -286.538,72 €). Ursächlich hierfür sind laufende Immobilien- und Unterhaltungskosten für den neuen Betriebshof Industriestraße 16. In diesem Zusammenhang wurden Leistungen der Bereiche Bauhof und Gärtnerei sowie ZSV intern an den Betriebshof (rd. T€ 21) weiterbelastet. Eine Bereinigung wird sich insoweit in Verbindung mit der Verwertung des bisherigen Stadtgärtnerengeländes hier ergeben (u.a. Wegfall der Zinsbelastung und Wegfall der Abschreibungen für das bisherige Stadtgärtnerengelände). Mit dem Wirtschaftsplan 2008 ist diese Kostenstelle entfallen (Zuordnung der Kosten zu ZSV/ zum neuen Betriebszweig Betriebshof).

Der Betriebsbereich Bauhof erwirtschaftete 2007 einen Betriebsüberschuss von € 24.527,63 (Vorjahr: + € 108.162,05). In diesem Betriebsüberschuss enthalten ist bereits die Belastung durch die Umlage für Verwaltung und Betrieb (ZSV) mit € 179.518,53 (40,3 % des Umlagebetrages ZSV von 445.455,40 €).

Der Betriebsbereich Grün weist 2007 einen Betriebsfehlbetrag von - € 29.980,74 (Vorjahr - € 9.241,88) aus. In diesem Betriebsfehlbetrag enthalten ist bereits die Belastung durch die Umlage für Verwaltung und Betrieb (ZSV) mit € 136.309,35 (30,6 % des Umlagebetrages ZSV von € 445.455,00) Vor Belastung mit der Umlage für Verwaltung und Betrieb weist der Betriebsbereich Grün ein positives Betriebsergebnis von + € 106.328,61 aus.

Beide Betriebsbereiche zusammengefasst weisen 2007 somit ein Betriebsergebnis von - € 5.435,11 (Vorjahr: € 98.920,17) aus.

Der Betriebsfehlbetrag der Betriebsstelle Friedhöfe beträgt unter Einrechnung der von der Stadt geleisteten Erstattung der NUK in 2007 € 421.320,34 (im Vorjahr: € 347.675,68). Die Zunahme des Betriebsfehlbetrages in der Betriebsstelle Friedhöfe – bezogen auf den Vorjahreswert – ist im Wesentlichen auf eine Abnahme der Bestattungsfälle in 2007 und auf den anhaltenden Trend zu kostengünstigeren Urnenbeisetzungen zurückzuführen. Die Anzahl der Bestattungsfälle ist im Vergleich zum Vorjahr gesunken (- 4,36 %/ Vorjahr: + 17,15%).

Der Trend zum Kauf von Urnengrabstätten hielt auch in 2007 an (56,13 % bei den Neuvergaben von Grabstätten/ Vorjahr: 45,68 % /2005 61,48 %).

Der Eigenbetrieb erwirtschaftete in 2006 einen Jahresfehlbetrag von € 527.201,68 (Vorjahr: € 531.246,73). Bei einer Bilanzsumme von T€ 16.829 (Vorjahr T€ 17.075) weist der Eigenbetrieb ein Eigenkapital in Höhe von T€ 567 (Vorjahr T€ 663) aus. Wesentlicher Posten der Aktivseite ist das Anlagevermögen mit T€ 15.608, dem Bankdarlehen von T€ 12.697, Eigenkapital von T€ 567 sowie Verpflichtungen gegenüber der Stadt aus der Übertragung von Anlagegütern von T€ 819 gegenüberstehen.

Der Jahresfehlbetrag 2006 von 531.246,73 € wurde von der Stadt Viernheim übernommen.

Chancen & Risiken der zukünftigen Entwicklung

Im Jahr 2004 war eine Organisations- und Wirtschaftlichkeitsuntersuchung bei der Kommunalberatung Herne in Auftrag gegeben worden. Das Untersuchungsergebnis lag im Februar 2005 der Betriebsleitung vor und wurde in der Sitzung der BK am 16.02.2005 vorgestellt. Hauptziel der Untersuchung war es, Möglichkeiten nachhaltiger Verringerungen des Zuschussbedarfes/ des Jahresfehlbetrages, aufzuzeigen.

Die Untersuchung hat Möglichkeiten kurzfristiger Einsparungen wie auch Einsparungen langfristiger Art ergeben. Diese Einsparungen sind jedoch nicht von heute auf morgen vollziehbar. Die Voraussetzungen hierfür, insbesondere eine Betriebszusammenlegung auf das sog. SAG-Gelände (Zusammenlegung der Betriebsteile Verwaltung/ Bauhof/ Gärtnerei), eine neue Gesamtorganisation des SVD i.V.m. der Betriebszusammenlegung und eine verstärkte betriebswirtschaftliche Ausrichtung des SVD (Besetzung Stelle Betriebswirt) sind in 2005 und 2006 geschaffen worden.

Der Erwerb des sog. SAG-Geländes für den neuen Betriebshof ist in 2005 erfolgt. Die notwendigen Um- und Ausbaumaßnahmen konnten zum überwiegenden Teil auch noch in 2005 vollzogen werden. In 2006 sind die wesentlichen Baumaßnahmen abgeschlossen worden und der Umzug auf den neuen Betriebshof ist erfolgt.

Die Finanzierung der Gesamtmaßnahme ist über ein 2005 neu aufgenommenes Darlehen in Höhe von € 1.260.000,00 erfolgt, das auf 3 Jahre tilgungsfrei befristet ist. Es ist vorgesehen, die Gesamtmaßnahme aus der Verwertung des ehemaligen Betriebsgeländes der Gärtnerei (nach bauplanungsrechtlicher Umplanung und Entwicklung des Bereiches) in 2008/2009 gegen zu finanzieren und das Darlehen nach entsprechender Verlängerung der Laufzeit/Umschuldung insgesamt in 2008/2009 zurückzuzahlen.

Eine Überarbeitung der 2005 noch geltenden Organisation SVD 2000, auch in Verbindung mit der vorliegenden Organisations- und Wirtschaftlichkeitsuntersuchung der Kb Herne, ist in 2005 abgeschlossen und mit dem Umzug auf den neuen Betriebshof Industriestraße 16 zum 01.04.2006 in Kraft gesetzt und umgesetzt worden. Bereits im Vorfeld ist die Besetzung der beiden Schlüsselpositionen Betriebswirt und Betriebshofleiter zum 01.10.2005 bzw. 15.01.2006 erfolgt.

Aufgrund der Kündigung des Betriebshofleiters zum 31.10.2006 ist eine interne Neu- besetzung (zunächst kommissarisch) erfolgt. Zum 01.07.2007 ist diese Neu- besetzung dann endgültig erfolgt.

Noch ausstehende weitere personalpflegerische Maßnahmen (Krankenstand, Fortbil- dungen, Motivationsanalyse und Corporate Design Maßnahmen), eine Flexibilisierung der Arbeitszeiten durch Dienstvereinbarungen mit dem Personalrat (einschl. Pausen- und Überstundenregelungen u.a.m.) und Budgetierungen auf Service-Team-Ebene sind in 2006 eingeleitet worden bzw. wurden in 2007 fortgeführt. Diese Maßnahmen sollen insgesamt im Wesentlichen in 2008 abgeschlossen werden.

Die Umsetzung eines Budgets für den Betriebshofleiter und den Betriebsstellenleiter Friedhöfe für Kleinbeschaffungen einschl. einer Abwicklung ohne schriftlichen Auftrag ist im Februar 2007 erfolgt.

Vom Oktober bis Dezember 2007 fand im Stadtbetrieb eine Mitarbeiterbefragung durch das Institut für angewandte Betriebspädagogik in Viernheim statt. Ziel hierbei war den derzeitigen Motivationstand der Mitarbeiter festzustellen und Informationen für weitere Verbesserungsmöglichkeiten im Stadtbetrieb insgesamt zu erhalten. Die Ergebnisse wurden dann der Belegschaft am 08.02.2008 und der BK am 19.03.2008 vorgestellt.

Die Mitarbeiterbefragung einschließlich einer Kundenbefragung (städt. Ämter) zeigt ein durchaus positives Ergebnis für den Stadtbetrieb. Es wurden jedoch auch Punkte auf- gezeigt, die einer Weiterbearbeitung zur Erreichung von Verbesserungen im Stadtbetrieb bedürfen. Diese Punkte sind bereits in Verbindung mit den noch laufenden o.a. Maßnahmen aufgegriffen worden.

Durch die Zusammenlegung haben sich auch weitere Effizienzverbesserungen erge- ben (Kosteneinsparungen im Vergleich zu den Planzahlen: bei den Personalkosten rd. € 108.000,00, bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen- diese bereinigt um rd. T€ 65 für den Blow-Patcher-Einsatz durch einen Subunternehmer, der nicht eingeplant gewesen war- rd. € 29.000,00; Anstieg der Produktivstunden im Vergleich zum Vorjahr bei nahezu gleichem Personalbestand im Betriebshof um weitere 1,5 %.)

Die Betriebsleitung geht davon aus, dass mit der erfolgten Betriebszusammenlegung sowie mit Umsetzung der weiteren Maßnahmen in diesem Zusammenhang sich die Betriebsergebnisse der Betriebsbereiche Bauhof und Grün mittelfristig weiter verbes- sern lassen, so dass mit deren positiven Jahresergebnissen das negative Ergebnis der Friedhöfe vermindert werden kann. Im Betriebsbereich Friedhöfe ist eine Verbesserung der Wirtschaftlichkeit und damit des Betriebsergebnisses primär über Kostenoptimie- rung anzustreben.

Es ist stetig darauf hin zu arbeiten,

- die ab 01.04.2006 gültige Organisationsform und die Geschäftsabläufe weiter zu verbessern.*
- den Einsatz von Personal und Material zu optimieren.*
- das am 09.04.01 beschlossene Auftrags- und Tätigkeits-Contracting konsequent um- zusetzen und den aktuellen Gegebenheiten anzupassen, insbesondere in Kooperati- on mit den Organisationseinheiten und den Querschnittsämtern der Stadt, damit die Sicherstellung der Liquidität gewährleistet ist.*
- die Entgelte für die Betriebszweige Bauhof und Gärtnerei, basierend auf der Kosten- trägerrechnung, mindestens jährlich zu überprüfen und ggf. anzupassen sowie die Leistungsabrechnung zu optimieren (eine Überprüfung und Anpassung der Kosten- sätze der beiden Betriebszweige ist für den Wirtschaftplan 2008 erfolgt).*

- die Nachkalkulation der Friedhofsgebühren mind. jährl. vorzunehmen, um Informationen über die Notwendigkeit einer Gebührenanpassung zu erhalten (Ziel hierbei sollte es sein, die Gebühren für den Bürger in einem gewissen Rahmen stabil zu halten).

Risiko-Früherkennungssystem

Bestandsgefährdende Risiken oder Risiken, welche die Entwicklung und/oder den Bestand des SVD wesentlich beeinträchtigen können, sind nicht erkennbar [] auch nicht durch die neue Friedhofsanlage „Waldfriedhof“ (soweit regelmäßige Verlustausgleiche des Friedhofsbetriebes durch die Stadt Viernheim erfolgen).

Im Rahmen des Risikomanagements und zur Verbesserung der Ertragsituation der Betriebsstelle Friedhöfe sind folgende Maßnahmen eingeleitet/ergriffen worden:

- *In der Zeit vom Juni bis 30.10.2007 hat die Firma WIKOM AG in Zusammenarbeit mit der Betriebsleitung Stadtbetrieb erstmals eine mittelfristige Unternehmensplanung für den Zeitraum 2007 bis 2011 erstellt. Hierin enthalten war auch eine Friedhofsflächenbedarfsberechnung. Diese Unternehmensplanung wurde in der Betriebskommission am 28.11.2007 vorgestellt*

Ziel dieser Planung war es, die künftigen Ergebnis- und Liquiditätsbelastungen für den allgemeinen Haushalt der Stadt Viernheim bzw. des Stadtbetriebes besser abschätzen und eine nachhaltige Unternehmensführung des Stadtbetriebs absichern zu können.

Die Ergebnisse zeigen, dass sich der Betriebszweig Betriebshof (Bauhof/Gärtnerei) ohne weiteres selbst trägt. Der Friedhofsbetrieb ist ausschlaggebend für die (negative) Ertragslage des Stadtbetriebes. Die vorhandenen Friedhofsflächen weisen nach der aktuellen Friedhofsbedarfsberechnung einen Flächenüberhang von rd. 2,4 ha aus. Ein Abbau dieser Überhangfläche ist jedoch nur langfristig möglich, da kurz- oder mittelfristige Verwertungsmöglichkeiten nicht gegeben sind. Eine Verbesserung der Wirtschaftlichkeit des Friedhofsgebietes kann primär nur über Kostenoptimierung erreicht werden.

- *Eine Nachkalkulation der Friedhofsgebühren (Kalkulationszeitraum 2004 – 2006) ist in 2007 erfolgt; aufgrund des Ergebnisses wurden vorrangig Einsparungsmöglichkeiten ergriffen, um eine Gebührenerhöhung in 2007 zu vermeiden. So wurde der Tordienst Friedhöfe zum 01.05.2007 abgeschafft. Ferner ist ein Neuangebot an Rasengräbern auf dem Waldfriedhof ab 01.08.2007 eingerichtet worden.*
- *Künftige Neuinvestitionen im Friedhofsgebiet werden auch auf Alternativen überprüft, um nach entsprechenden Notwendigkeiten und durch mögliche Änderungen von Arbeitsabläufen zu wirtschaftlich günstigeren Lösungen zu kommen.*
- *Erste Kontakte zu privaten Investoren für eine Verwertung des Gewerbebauplatzes beim Waldfriedhof wurden 2005 geknüpft; allerdings sind bisher konkrete Verwertungsabsichten/Erwerbsangebote nicht unterbreitet worden. Es ist vorgesehen, auch in 2008/2009 in dieser Richtung weiter zu arbeiten.*
- *Der Abriss des leer stehenden Wohnhauses beim Friedhof Lorscher Straße ist nach Klärung der dortigen Freiflächengestaltung und insbesondere der Ausführung der notwendigen Schließung der Friedhofsmauerlücke in 2009 vorgesehen.*

Als Risiken sonstiger Art sind zu nennen:

- *nicht ausreichender Versicherungsschutz (ein Defizit ist für den SVD derzeit nicht erkennbar).*
- *teilweiser oder nicht rechtzeitiger Ausgleich des jeweiligen Jahresverlustes durch die Stadt (in Zusammenhang mit dem Contracting zu sehen).*

- *Zahlungsverzug der Organisationseinheiten der Stadt Viernheim für Leistungen des Bauhofes und der Gärtnerei (Liquidität).*
- *Änderung der Bestattungskultur*
- *Nichtanpassung oder zu späte Anpassung umlagefähiger Friedhofsgebühren und der Entgelte für die Betriebsbereiche Bauhof/Gärtnerei (Fortführung einer regelmäßigen Anpassung ist zu berücksichtigen).*

Zum frühzeitigen Erkennen von Risiken sind beim SVD folgende Maßnahmen eingerichtet:

- *Wöchentliche Lagebesprechungen der Betriebsleitung mit den Betriebsstellenleitern der beiden Betriebsbereiche Bauhof/Grün und Friedhöfe*
- *Wöchentliche Lagebesprechungen der Betriebsleitung mit den Leitungen der Fachbereiche Verwaltung und zentrale Dienste (VzD), Finanz- und Rechnungswesen (FRW) und Beschaffungen*
- *Wöchentliche Besprechungen mit dem zuständigen Dezernenten der Stadt*
- *Vorlage von Berichten zur regelmäßigen Informationsvermittlung, ggf. eigenständige Unterrichtung der Organe des SVD entsprechend dem Sitzungsplan oder zu besonderen Sitzungen.*
- *Rechtzeitige Mitteilung benötigter Haushaltsmittel und des planerisch errechneten Jahresverlustes an die Stadt im Rahmen der jährlichen Wirtschafts- und Hh-Plan-aufstellung.*
- *Kontinuierliche Überprüfung und Anpassung der Gebührensätze für die Betriebsstelle Friedhöfe und der Entgelte für die Betriebsbereiche Bauhof und Grün.*
- *Es wird davon ausgegangen, dass die Stadt Viernheim die nicht umlagefähigen Kosten im Bereich Friedhof sowie den zu erwartenden Jahresverlust, der im Wesentlichen aus dem Bereich Friedhof resultiert, weiterhin ausgleichen wird.*

Änderung im Bestand der zum Eigenbetrieb gehörenden Grundstücke

Im Wirtschaftsjahr 2007 ergaben sich keine Veränderungen im Bestand der Grundstücke. Grundstücksgleiche Rechte sind nicht vorhanden.

Stand der Anlagen im Bau und der geplanten Bauvorhaben:

Die Ausgaben im Wirtschaftsjahr 2006 für den Waldfriedhof betragen € 29.289,70. Hierbei handelte es sich zum einen um Baukosten für kleinere Zusatzaufträge (äußerer Blitzschutz und Gedenkstein für Sondergrabfeld anonyme Urnenbeisetzung). Die Restabwicklung der Neuanlage wurde damit weiter planmäßig vollzogen. Zum anderen wurden im neuen Rasengrabfeld Versenkregner für dessen Bewässerung installiert.

Die Gesamtausgaben für den Waldfriedhof betragen zum 31.12.2007: € 11.555.894,14. Der Gesamtkostenbedarf beläuft sich nach der Bedarfsermittlung vom 25.09.2007 auf € 11.576.880,00 (einschließlich Erwerb von Grundstücken).

Die Ausgaben im Wirtschaftsjahr 2007 für den Friedhof Lorscher Straße betragen € 11.293,40. Hiermit war in 2007 die Modernisierung der Naturstein-Friedhofsmauer abgeschlossen worden.

Die Ausgaben im Wirtschaftsjahr 2007 für den weiteren Um- und Ausbau des neuen Betriebshofes betragen € 99.318,87. Die Gesamtausgaben hierfür betragen damit zum 31.12.2007: € 1.574.092,76.

Aktuell wird mit Gesamtkosten in Höhe von € 1.588.960,00 (Wirtschaftsplan 2008) gerechnet.
[.....]

Auszug aus dem Prüfungsbericht der Moore Stephens Treuhand AG zum Lagebericht 2006 – Grundsätzliche Feststellungen

♦ Stellungnahme zur Lagebeurteilung der Geschäftsführung:

Geschäftsverlauf und Lage des Eigenbetriebes

In Bezug auf den Geschäftsverlauf und die Lage des Eigenbetriebs sind insbesondere die folgenden Aspekte hervorzuheben:

- *Die Ergebnisse der vier Betriebszweige haben sich im Wirtschaftsjahr 2007 gegenüber dem Vorjahr unterschiedlich entwickelt. Der Bereich „Bauhof“ weist weiterhin ein positives Betriebsergebnis aus (T€ 24); das höhere Ergebnis im Vorjahr ist u.a. bedingt durch höhere Erträge aus Umlagen an den Betriebszweig „Betriebshof“ für einmalige Leistungen im Rahmen des Umzuges des Eigenbetriebs in die neue Liegenschaft. Entsprechend konnte der Verlust im Bereich „Betriebshof“ von T€ 287 in 2006 auf T€ 103 in 2007 reduziert werden. Der Rückgang der Bestattungsfälle in 2007 sowie der anhaltende Trend zu Urnenbestattungen führten beim Betriebszweig „Friedhöfe“ zu einem Fehlbetrag in Höhe von –T€ 871 (Vj. –T€ 798). Unter Berücksichtigung des Zuschusses der Stadt Viernheim in Höhe von T€ 450 für den hohen Anteil an nicht umlagefähigen Kosten beim Friedhof (u.a. Aufwendungen für ausgebaute Vorhaltegrabfelder, nichtausgebaute Reserveflächen, öffentliches Grün und Kriegsgräber) verbleibt ein Fehlbetrag in Höhe von –T€ 421 (Vj. –T€ 348).*
- *Der Jahresfehlbetrag 2006 in Höhe von T€ 531 wurde von der Stadt Viernheim übernommen.*
- *Die Abweichung des Jahresergebnisses zum Planergebnis beruht im Wesentlichen auf den fehlenden Einnahmen in Höhe von T€ 240 aus der geplanten Verwertung des Stadtgärtnergeländes.*
- *Das Personal der Außenstellen (Bürgerhaus und Waldsporthalle) wurde zum 01.01.2007 zur Stadt zurückgeführt, damit entfallen die Außenstellen im Stadtbetrieb.*
- *Die Leistungsverrechnung für die Betriebsbereiche Bauhof und Gärtnerei werden auf Basis von Stundensätzen für Personal und eingesetzte Fahrzeuge vorgenommen. Den Stundensätzen liegt eine Kalkulation zugrunde, die zum 01.01.2007 überprüft und angepasst wurde.*

Die Darstellung und Beurteilung der Lage des Unternehmens durch den Betriebsleiter im Jahresabschluss und im Lagebericht halten wir für zutreffend.

Voraussichtliche Entwicklung des Eigenbetriebes

Hinsichtlich der voraussichtlichen Entwicklung des Eigenbetriebs ist insbesondere auf folgende Kernaussagen hinzuweisen:

- *In 2008 ist die Verwertung des ehemaligen Betriebsgeländes der Gärtnerei geplant. Der hieraus erwartete Zufluss an Finanzmitteln soll zur Rückzahlung des Darle-*



hens in 2008 verwertet werden, welches für den Erwerb und den Ausbau der neuen Unterkunft auf dem ehemaligen SAG-Gelände aufgenommen wurde.

- *Die Entgelte für die Betriebsbereiche Bauhof und Gärtnerei sollen jährlich überprüft sowie die Friedhofsgebührenordnung jährlich nachkalkuliert werden. Hierdurch können die Leistungsabrechnung optimiert werden bzw. Erkenntnisse über die Notwendigkeit von Gebührenanpassungen gewonnen werden.*
- *Aufgrund der Betriebszusammenlegung sowie der Umsetzung weiterer Maßnahmen (u.a. Optimierungen im Einsatz von Personal und Material) geht die Betriebsleitung davon aus, die Betriebsergebnisse in den Bereichen Bauhof und Gärtnerei weiter verbessern zu können, die zum Ausgleich des Fehlbetrages im Bereich Friedhofsverwaltung benötigt werden. Im Bereich Friedhöfe ergab eine Friedhofsflächenbedarfsberechnung einen Flächenüberhang von ca. 2,4 ha. Aufgrund fehlender kurz- oder mittelfristiger Verwertungsmöglichkeiten ist ein Abbau dieser Überhangsfläche nur langfristig möglich. Hierzu wurde seitens der Stadtverordneten-Versammlung am 29. 08. 2008 ein entsprechender Beschluss zur Schließung des Friedhofs Lorscher Straße gefasst. Die Ertragslage des Betriebszweigs Friedhöfe kann im Wesentlichen nur durch Kostenoptimierung verbessert werden.*

Die Darstellung der voraussichtlichen Entwicklung des Eigenbetriebs im Lagebericht basiert auf Annahmen, bei denen Beurteilungsspielräume vorhanden sind. Wir halten die Darstellung für plausibel.

◆ Entwicklungsbeeinträchtigende oder bestandsgefährdende Tatsachen:

In Erfüllung unserer Berichtspflicht i.S.d. § 321 Abs. 1 Satz 3 HGB – wonach wir über Tatsachen die den Eigenbetrieb in seiner Entwicklung wesentlich beeinträchtigen können, zu berichten haben, weisen wir besonders auf die nachfolgenden, von der Betriebsleitung im Lagebericht dargestellten Sachverhalte hin:

Der Betriebszweig Friedhöfe erwirtschaftete in 2007 einen Jahresfehlbetrag von T€ 871. Eine Nachkalkulation der Friedhofsgebühren hat in 2007 stattgefunden. Hiernach ergeben sich Gebührensätze die deutlich über den derzeitigen Gebührensätzen liegen. Darüber hinaus entstehen jährlich nicht umlagefähige Kosten (z.B. Aufwendungen für ausgebaute Vorhalte-Grabfelder, nicht ausgebaute Reservflächen, öffentliches Grün und Kriegsgräber) von rd. T€450, die über einen Zuschuss der Stadt Viernheim gedeckt werden. Die Entwicklung der Erträge aus dem Friedhofsbereich wird maßgeblich durch die demographische Entwicklung sowie eine Abkehr von der traditionellen Bestattung (insbesondere hin zu Urnengräbern) beeinflusst. In den Folgejahren ist weiterhin mit Jahresfehlbeträgen des Eigenbetriebs zu rechnen, die zum ausschlaggebenden Teil auf den Bereich Friedhof zurückzuführen sind. Zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit ist der Eigenbetrieb auf die finanzielle Unterstützung der Stadt Viernheim angewiesen. Die Betriebsleitung geht davon aus, dass auch in den Folgejahren die nicht umlagefähigen Kosten der Friedhöfe sowie der zu erwartenden Jahresfehlbetrag von der Stadt Viernheim ausgeglichen werden.

2.2.1.2. Forum der Senioren



FORUM DER SENIOREN
 Spitalplatz 3-5
 68519 Viernheim
 Tel: 06204/968-30
 Fax: 06204/988-33
www.forum-der-senioren.de

Unternehmenszweck:

Das Forum der Senioren ist ein Seniorenheim, in dem alte und hilfsbedürftige Menschen betreut und gepflegt werden.

Neben der vollstationären Dauer- und Kurzzeitpflege besteht auch ein teilstationäres Angebot in Form von Tagespflege und Gerontopsychiatrischer Tagesbetreuung.

Organe des Unternehmens:

Betriebs-

kommission: *(BK)*

Matthias Baaß
 Elke Frank-Neumann
 Volker Gassenferth
 Ayfer Güven
 Jürgen Gutperle
 Karl Häfele
 Lucia Hiebl
 Dr. Dagmar Hinrichs
 Wolfgang Kempf
 Helmut Kirchner
 Simon Klee
 Thomas Mandel
 Jürgen Miedniak
 Udo Reinhardt
 Dieter Rihm
 Jutta Schmiedem
 Richard Werle
 Christoph Winkler

Bürgermeister **(Vorsitzender)**
 im Gesundheitswesen erfahrene Person
 Vertreter caritativer Org.
 Personalrat *(ab September 2008)*
 Stadtverordneter
 Stadtverordneter
 Personalrat *(bis August 2008)*
 Stadträtin
 Stadtverordneten-Vorsteher
 Stadtrat
 Stadtverordneter *(bis 31.03.2007)*
 Personalrat
 Vertreter caritativer Org.
 Vertreter caritativer Org.
 Stadtverordneter
 Stadtverordneter
 Stadtverordneter
 Stadtverordneter *(ab 01.04.2007)*

Betriebsleitung: Jürgen Hoock

Rechtliche und wirtschaftliche Daten:

<i>Sitz:</i>	Viernheim
<i>Rechtsform:</i>	Eigenbetrieb
<i>Gründung:</i>	01.01.1993
<i>Stammkapital:</i>	3.100.000,00 €
<i>Beteiligungen:</i>	Alleiniger Eigentümer ist die Stadt Viernheim
<i>Jahresabschluss:</i>	2007 geprüft durch die Verhülsdonk & Partner GmbH, Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft Feststellung durch die Stadtverordneten-Versammlung am 12.12.2008

Belastungen für städtischen Haushalt: Keine aus 2007 – da das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit mit 65.116,32 € positiv ist

Bilanz des Unternehmens

AKTIVA			PASSIVA		
	Stand 31.12.2007 €	Stand 31.12.2006 €		Stand 31.12.2007 €	Stand 31.12.2006 €
A. Anlagevermögen	18.858.102,05	19.436.035,45	A. Eigenkapital	2.782.820,85	2.509.894,81
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	4.698,04	6.005,65	I. Stammkapital	3.100.000,00	3.100.000,00
II. Sachanlagen	18.839.294,11	19.414.347,30	II. Rücklagen	87.811,86	87.811,86
III. Finanzanlagen	14.109,90	15.682,45	III. Verlustvortrag	-677.917,05	-719.468,65
B. Umlaufvermögen	1.006.388,80	1.187.06,96	IV. Jahresüberschuss/-fehlbetrag	272.926,04	41.551,60
I. Vorräte	7.360,13	3.420,98	B. Sonderposten aus Zuschüssen zur Finanzierung des Anlagevermögens (aus öffentl. Fördermitteln für Investitionen)	5.074.721,65	5.327.276,38
II. Forderungen und sonstige Ver- mögensgegenstände	837.241,91	1.076.681,71	C. Rückstellungen	233.894,74	162.254,80
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	161.786,76	106.904,27	D. Verbindlichkeiten	12.034.587,63	12.914.212,71
C. Rechnungsabgrenzungsposten	262.296,02	290.596,29	E. Rechnungsabgrenzungsposten	762,00	
SUMME AKTIVA	20.126.786,87	20.913.638,70	SUMME PASSIVA	20.126.786,87	20.913.638,70

Gewinn- und Verlustrechnung

Position	GuV 2007 €
+ Umsatzerlöse	4.280.968,39
+ sonstige betriebliche Erträge	309.236,12
- Materialaufwand	897.286,79
- Personalaufwand	2.489.493,08
- Aufwendungen für zentrale Dienstleistungen	25.734,58
- Steuern, Abgaben Versicherungen	36.683,57
- Mieten, Pachten, Leasing	36.347,34
+ Erträge aus Auflösung von Sonderposten	252.554,73
- Abschreibungen	606.165,71
- Aufwendungen für Instandhaltung und Instandsetzung	197.973,40
- sonstige ordentliche Aufwendungen	64.990,54
Betriebsergebnis	488.084,23
+ sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	4.757,89
- Zinsen und ähnliche Aufwendungen	427.725,80
Finanzergebnis	-422.967,91
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	65.116,32
+ Außerordentliche Erträge	207.826,55
- Außerordentliche Aufwendungen	16,83
Außerordentliches Ergebnis	207.809,72
Jahresüberschuss	272.926,04

Auszug aus dem geprüften und bestätigten Lagebericht für das Geschäftsjahr 2007:

Das FdS ist ein Eigenbetrieb der Stadt Viernheim, der seit 1993 als städtisches Dienstleistungsunternehmen, das entsprechend den Vorschriften des Eigenbetriebsgesetzes und der Verordnung über die Rechnungs- und Buchführungspflichten der Pflegeeinrichtung (Pflege-Buchführungsverordnung – PBV) geführt wird.

Zielsetzung des Betriebes ist es, die Versorgung der Stadt Viernheim an stationären und teilstationären Leistungen in der Altenpflege sicherzustellen. Dieses Ziel wurde im Geschäftsjahr 2007 voll erreicht.

Nach dem weitergehenden Abschluss der Umbau- /bzw. Neubauarbeiten konnte nach mehrjährigen Bauaktivitäten im zweiten Halbjahr des Geschäftsjahres 1999 das neue Hauptgebäude „Am Spitalplatz“ bezogen werden.

Im Geschäftsjahr 2003 wurden vorhandene Gemeinschaftsräume zu 5 neuen stationären Pflegeplätzen umgewandelt. Diese Umbaumaßnahme wurde von der Betriebskommission am 26.09.2002 freigegeben.

Insgesamt stehen ab 1. März 2003 118 Dauerpflegeplätze und 11 Kurzzeitpflegeplätze zur Verfügung. Im Bereich der Tagespflege sind insgesamt 16 Pflegeplätze vorhanden.

Die stationäre Pflege war in 2007 zu 98,62 % ausgelastet.

Eine Annahme des erweiterten Tagespflegeangebotes hingegen erwies sich erwartungsgemäß als sehr schwierig, die Auslastungen in der Tagespflege liegen bei 16,80 %.

Zusätzliche Einnahmen wurden durch die ganzjährige Nutzung der vorhandenen und nicht ausgelasteten (Tages-)Pflegeplätze in der stationären Pflege erzielt.

Die Abschreibungen sind im Geschäftsjahr für das ganze Jahr vorgenommen worden. Neue Anlagegüter wurden im Geschäftsjahr 2004 pro rata temporis abgeschrieben.

Durch die Auslagerung der Essensversorgung auf einen externen Dienstleister im Laufe des Jahres 2005 und eine sich anschließende Neuverhandlung der Vergütung pro Beköstigungstag konnten die Kosten für die Verpflegung deutlich gesenkt werden.

Diese Verbesserung der wirtschaftlichen Situation wurde durch eine im Rahmen einer Umschuldung (einmalig) zu zahlende Vorfälligkeitsentschädigung weitgehend neutralisiert.

Die wirtschaftliche Lage des FdS ist durch einen Verlustvortrag von € 677.917,05 gekennzeichnet. Die Gewinn- und Verlustrechnung für das Jahr 2007 schließt mit einem Jahresüberschuss von € 272.926,04 ab.

[...]

Im Vorjahr wurde ein Beschluss der Stadtverordneten-Versammlung bilanziell nachvollzogen und das festgesetzte Kapital zu Lasten der Kapitalrücklagen auf 3.100.000,00 € geglättet (vorher 6.000.000,00 DM = 3.067.751,29 €).

Für alle erkennbaren Risiken wurden Rückstellungen gebildet. Dies waren Rückstellungen für Urlaubsverpflichtungen, für die Prüfung des Jahresabschlusses und Pensionsrückstellungen.

[...]

Im Geschäftsjahr 2007 wurden Investitionen in Höhe von 30.000 € getätigt.

[...]

Die Pflegeerlöse betragen 88,06 % der Summe der Erträge (5,48 % über den Pflegeerlösen lt. Wirtschaftsplan 2007)

Im Geschäftsjahr wurden insgesamt 46.502 Pflage tage erreicht. Dies sind genau 9 Tage mehr als im Vorjahr. Im Jahr 2007 sind 40 Bewohner verstorben.

Die Anzahl der Pflorgetage in der Pflegestufe 1 mit - 1.387 Tagen ist durch die Zunahme in der Pflegestufe 2 ausgeglichen.

[....]

Der überwiegende Teil der im FdS entstehenden Kosten stellen die Personalkosten dar. Die Mitarbeiter werden nach Gehalts-, Vergütungs- und Lohnstarifen des Bundesbesoldungsgesetzes, des BAT und des HLT vergütet, ab Oktober 2005 gilt der TVöD.

[....]

Die Minderung des Personalaufwandes um 4,17 % ist auf Nichtbesetzung von Stellen zurückzuführen.

[....]

Im Jahr 2007 sind folgende Rechtsstreitigkeiten vorhanden:

- 1. Firma Wittemaier (I) betrifft Objekt Seegartenstr.11*
- 2. Firma Heydenreich betrifft Hauptküche Spitalplatz 3-5*

Bei den Rechtsstreitigkeiten 1+2 wurde im Jahresabschluss keine Rückstellung gebildet.

Der Rechtsstreit Wittemaier (II)/. Stadt Viernheim wurde im Jahr 2007 durch Zahlung eines Vergleichs in Höhe von € 40.000,- beigelegt.

Im Jahresabschluss 2007 wurde diese Rückstellung in Höhe des Vergleichs aufgelöst.

Ausblick für 2008 und die Folgejahre:

Auch in Zukunft wird es, insbesondere durch restriktive Maßnahmen der Kostenträger, nur sehr schwer möglich sein, eine kostendeckende Bewirtschaftung des Viernheimer Forums der Senioren zu erzielen.

Auf der einen Seite sind die Verbände der Pflegekassen und der örtlichen Sozialhilfeträger bemüht, einem Anstieg der Heimentgelte strikt entgegen zu wirken. Dem stehen auf der anderen Seite gegenläufige Entwicklungen bei den Kostenstrukturen in den Pflegeeinrichtungen entgegen. Neben den Erhöhungen im Bereich der Sachkosten sind hierbei insbesondere tarifliche Lohnsteigerungen anzuführen.

Setzt sich diese Entwicklung weiter fort, werden die in den jährlichen Pflegesatzvereinbarungen vereinbarten Entgelte die im gleichen Zeitraum anfallenden betrieblichen Kostensteigerungen nicht mehr abdecken. Eine weitere Erhöhung des Jahresfehlbetrages wäre die Folge.

Weitere Betriebsrisiken gehen für das FdS von dem weiteren Wachstum des Pflegemarktes aus. Immer mehr Anbieter von stationären Pflegeleistungen drängen auf den Markt. Insbesondere durch einen weiteren lokalen Anbieter könnte die bislang sehr gute Auslastung des Viernheimer Forums der Senioren gefährdet werden.

Trotz dieser schwierigen Ausgangslage hat das Viernheimer FdS sein Jahrsergebnis seit 2002 in der Regel verbessern können.

Ob dieser Trend im Wirtschaftsjahr 2008 fortgesetzt werden kann, ist jedoch fraglich. Neben steigenden Energiepreisen, wird allein der getätigte Tarifabschluss zu einer Erhöhung der Personalkosten von knapp über 100.000,00 € führen und in dieser Höhe das Jahresergebnis belasten.

Nachstehende Aktivitäten sollen im Wirtschaftsjahr 2008 weiterverfolgt werden und zu einer weiteren Verbesserung der wirtschaftlichen Gesamtsituation der Einrichtung beitragen:

- Die derzeitige Pflegesatzvereinbarung läuft bis einschließlich 31.10.2008. In den anstehenden Entgeltverhandlungen soll versucht werden, moderate Erhöhungen der Pflegesätze zu erzielen. Zielsetzung ist es, hier die Ertragsstruktur weiter zu optimieren.
- Die Betriebsleitung hat der BK des FdS bereits in der Sitzung am 01.04.2004 Ansätze zur Modifizierung des Einrichtungskonzeptes aufgezeigt, die zwischenzeitlich weiter präzisiert wurden. Im Rahmen eines Outsourcing des Küchenbereichs, verbunden mit der Schaffung von ca. 8 weiteren stationären Pflegeplätzen auf der bisherigen Küchenfläche, bieten sich ebenfalls Chancen für eine weitere wirtschaftliche Optimierung der Einrichtung. Das aufgezeigte Einsparungspotential liegt mittelfristig bei rund 170.000,00 €. Die BK des FdS hat in ihrer Sitzung am 21.04.2005 der Durchführung der Maßnahme zugestimmt. Leider konnten die Abstimmungsgespräche mit den Fördermittelgebern noch nicht abgeschlossen werden.

Auch in den Folgejahren besteht für das FdS die Notwendigkeit,

- einerseits die bedarfsgerechte, gleichmäßige sowie fachlich qualifizierte, dem allgemein anerkannten Stand der medizinisch-pflegerischen Erkenntnisse entsprechende Pflege zu leisten.
- andererseits dem aus den Rahmenbedingungen der Pflegeversicherung resultierenden Kostendruck Rechnung zu tragen, ohne dass die essentiellen Bedürfnisse der Bewohnerinnen und Bewohner beeinträchtigt werden.

Zur Erreichung dieses Zieles werden alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des FdS auch in Zukunft ihren Beitrag leisten.

Auszug aus dem Prüfungsbericht der Verhülsdonk & Partner GmbH zum Lagebericht 2007 – Grundsätzliche Feststellungen

◆ Stellungnahme zur Lagebeurteilung der Geschäftsführung:

[...]

Die Geschäftsführung hat folgende Kernaussagen getroffen:

1. Wie in Vorjahren hohe Auslastung im Bereich der stationären Pflege, geringe Auslastung in der Tagespflege.
2. Reduzierung der Kosten pro Verpflegungstag
3. Verlustvortrag in Höhe von 677.917,05 € bei einem Jahresüberschuss in Höhe von 272.926,04 €

Zu 1.

Wie in Vorjahren konnte im Bereich der stationären Pflege mit 98,62 % (Vorjahr 98,13 %) eine hohe Auslastung erreicht werden. In der Tagespflege liegt die Auslastung hingegen bei 16,8 % (Vorjahr 17,5 %). Es muss jedoch weiterhin davon ausgegangen werden, dass eine höhere Auslastung bei der Tagespflege auch höhere Personalkosten bedingt, da angabegemäß das dort eingesetzte Personal derzeit auch andere Aufgaben wahrnimmt.

Zu 2.

Durch die Auslagerung der Verpflegung auf einen externen Dienstleister konnten die Kosten deutlich reduziert werden.

Zu 3.

Im Berichtsjahr wurde ein Jahresüberschuss von 272.926,04 € erwirtschaftet (Vorjahr

41.551,60 €). Der Grund hierfür ist ein Rückgang sowohl beim Personal- als auch Sachaufwand.

Folgende Kernaussagen zur voraussichtlichen Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken sind hervorzuheben:

- 1. Die Betriebsleitung hält es – wie in Vorjahren – für schwierig, durch die restriktive Haltung der Kostenträger bei gleichzeitig steigenden Kosten eine kostendeckende Bewirtschaftung des Forums zu erzielen.*
- 2. Die Betriebsleitung rechnet mit der Möglichkeit, dass andere Anbieter auf dem Gebiet der Altenpflege konkurrieren könnten.*
- 3. Eine Sicherung der wirtschaftlichen Zukunft sieht die Betriebsleitung in der Schaffung weiterer Pflegeplätze.*

Zu 3.1.

Auf Grund der Versuche der Verbände der Pflegekassen und der örtlichen Sozialhilfeträger, einen Anstieg der Pflegesätze zu verhindern, gleichzeitig sich die Einrichtungen jedoch steigenden Kosten gegenübersehen, erscheint es der Betriebsleitung auch für die Zukunft schwierig, kostendeckend arbeiten zu können. Dies bedingt u.U. auch in Zukunft die Verlustübernahme durch den Träger bzw. Zuschüsse Dritter.

Zu 3.2.

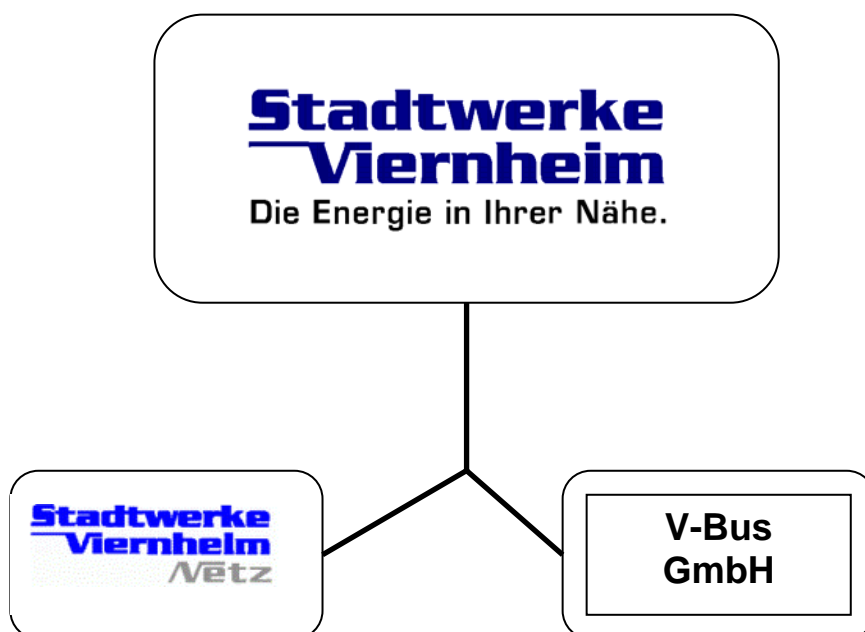
Ein Risiko sieht die Betriebsleitung in der möglichen Konkurrenz anderer Anbieter, was zu einer sinkenden Auslastung führen würde.

Zu 3.3.

Die Betriebsleitung plant die Schaffung von ca. 8 zusätzlichen Pflegeplätzen im Bereich der derzeit ungenutzten Küche, um daraus positive Deckungsbeiträge zu erzielen.

Nach dem Ergebnis unserer Prüfung und den dabei gewonnenen Erkenntnissen ist die Beurteilung der Lage des Forums einschließlich der dargestellten Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung plausibel und folgerichtig abgeleitet. Die Lagebeurteilung durch die gesetzlichen Vertreter ist dem Umfang nach angemessen und inhaltlich zutreffend. Unsere Prüfung hat unter der Voraussetzung der weiteren Verlustübernahme durch die Stadt Viernheim keine Anhaltspunkte dafür ergeben, dass der Fortbestand des Forums gefährdet wäre.

2.2.2. Kapitalgesellschaften



2.2.2.1. Stadtwerke Viernheim GmbH

**Stadtwerke
Viernheim**
Die Energie in Ihrer Nähe.

Industriestraße 2
68519 Viernheim
Tel: 06204/989-0, Fax: 06204/989-250
E-Mail: info@stadtwerke-viernheim.de
www.stadtwerke-viernheim.de

Unternehmenszweck:

Die Stadtwerke Viernheim GmbH liefern Strom, Erdgas, Wasser und Fernwärme. Strom und Gas werden im Wesentlichen fremdbezogen. Lediglich ein Teil des Stroms wird neben der Fernwärme in den BHKWs selbst erzeugt. Der GmbH obliegt daneben die Durchführung des öffentlichen Personennahverkehrs mit angemieteten Omnibussen. Hierzu ist sie mit 1% an der V-Bus-GmbH beteiligt. Ferner ist sie Betreiber des Waldschwimmbades und des Hallenbades. Im Auftrag der Stadt übernimmt sie die Betriebsführung der Straßenbeleuchtung, die Abwasserentsorgung sowie die Erhebung von Kanal- und Müllgebühren. Die Betreuung der Netzleitung erfolgt durch die 100%ige Tochter **Stadtwerke Netz GmbH**.

Organe des Unternehmens:

*Gesellschafter-
versammlung:*

der Magistrat der Stadt Viernheim

Aufsichtsrat:

Dr. Sven Cunsakis	Stadtverordneter	<i>(ab April 2008)</i>
Volker Ergler	Stadtverordneter	
Michael Fleischmann		
Herbert Friedel		
Joachim Hermes		
Reinhard Hölscher	Stadtverordneter	
Raimund Käser	Stadtverordneter	
Daniel Lohbeck	Betriebsratsmitglied	
Klaus Quarz	Stadtverordneter	
Hans Renner		
Martin Ringhof	1. Stadtrat	(Vorsitzender)
Bernhard Seitz	Stadtrat	
Dimitrios Theocharis	Stadtverordneter	<i>(bis April 2008)</i>
Horst Winkenbach	Stadtverordneter	
Hildegard Wunder	Betriebsratsmitglied	

Geschäftsführung: Dr. Ralph Franke

Rechtliche und wirtschaftliche Daten:

<i>Sitz:</i>	Viernheim
<i>Rechtsform:</i>	GmbH
<i>Gründung:</i>	12.08.1999
<i>Stammkapital:</i>	3,3 Mio €
<i>Aufwandsentschädigungen Aufsichtsrat:</i>	3.067,90 €
<i>Gesellschafter:</i>	Alleingesellschafter ist die Stadt Viernheim
<i>Beteiligungen:</i>	Alleingesellschafter ist die Stadt Viernheim
<i>Jahresabschluss:</i>	2007 geprüft durch die WIBERA, Wirtschaftsberatung Aktiengesellschaft, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Feststellung durch die Gesellschafterversammlung am 14.07.2008

Bedeutsame Entscheidungen in 2007 und 2008:

- ☒ Beteiligung an einer Kraftwerksbeteiligungsgesellschaft
 In der Sitzung der Stv.-Versammlung am 15.12.2006 wurden die notwendigen Voraussetzungen für die Beteiligung der Stadtwerke Viernheim GmbH an einer Kraftwerksbeteiligungsgesellschaft getroffen.
 Hintergrund für die Entscheidung waren zum einen, sich durch Eigenproduktion zumindest zu einem gewissen Teil von den kontinuierlich steigenden Preisen an dem von 4 großen Unternehmen beherrschten Energiemarkt frei zu machen. Zum anderen erhalten die Stadtwerke Viernheim so Zugriff auf CO²-Emissionszertifikate, die sie sonst teuer erwerben müssten.
- ☒ Übernahme der Ergaskonzession in Heddesheim
 In der Sitzung der Stv.-Versammlung am 13.06.2008 wurden die notwendigen Voraussetzungen für die Übernahme der Heddesheimer Erdgaskonzession durch die Stadtwerke Viernheim GmbH geschaffen.
 Diese Ausweitung des Versorgungsnetzes trägt auch dazu bei, bestimmte Kosten für die Viernheimer Erdgasbezieher zu senken.
- ☒ Beteiligung an der Entwicklung eines Offshore-Windparks
 Die Stv.-Versammlung stimmte in ihrer Sitzung am 13.06.2008 der Beteiligung der Stadtwerke Viernheim GmbH an einer Projektgesellschaft zur Entwicklung eines Offshore-Windparks zu.
 Wie bei der Beteiligung an einer Kraftwerksbeteiligungsgesellschaft soll auch hiermit die Eigenproduktion von Energie ausgebaut werden, um sich von den steigenden Preisen am Energiemarkt zumindest zum Teil unabhängig zu machen.

Bilanz des Unternehmens

AKTIVA			PASSIVA		
	Stand 31.12.2007 €	Stand 31.12.2006 €		Stand 31.12.2007 €	Stand 31.12.2006 €
A. Anlagevermögen	26.534.014,35	27.787.909,09	A. Eigenkapital	16.631.042,49	16.253.414,55
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	321.200,63	295.912,00	I. Gezeichnetes Kapital	3.300.000,00	3.300.000,00
II. Sachanlagen	25.955.311,56	27.275.395,97	II. Kapitalrücklagen	7.613.820,00	7.613.820,00
III. Finanzanlagen	257.502,16	216.601,12	III. Gewinnrücklagen	5.339.594,55	4.729.269,76
			IV. Jahresüberschuss	377.627,94	610.324,79
B. Umlaufvermögen	12.201.877,41	10.123.209,44	B. Empfangene Ertragszuschüsse	4.174.273,23	4.676.505,92
I. Vorräte	401.360,03	372.205,69			
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	7.111.306,43	5.085.079,72	C. Rückstellungen	2.704.443,13	2.882.685,77
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	4.689.210,95	4.665.924,03			
			D. Verbindlichkeiten	15.392.900,27	14.284.352,77
C. Rechnungsabgrenzungsposten	166.767,36	185.840,48			
SUMME AKTIVA	38.902.659,12	38.096.959,01	SUMME PASSIVA	38.902.659,12	38.096.959,01

Gewinn- und Verlustrechnung

Position	GuV 2007 €
+ Umsatzerlöse	46.715.715,02
+ andere aktivierte Eigenleistungen	186.072,93
+ sonstige betriebliche Erträge	3.343.557,09
- Materialaufwand	36.624.553,06
- Personalaufwand	4.854.259,35
- Abschreibungen	2.478.130,71
- sonstige betriebliche Aufwendungen	3.957.363,60
Betriebsergebnis	2.331.038,32
+ Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	5.169,51
+ sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	129.566,96
- Zinsen und ähnliche Aufwendungen	484.805,62
Finanzergebnis	-350.069,15
-Aufwendungen aus Verlustübernahme	-996.634,33
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	984.334,84
- Steuern vom Einkommen und Ertrag	-112.800,17
- Sonstige Steuern	-493.906,73
Jahresüberschuss	377.627,94

Von der Stadt gewährte Sicherheiten:

Durch Beschluss der Stv-Versammlung vom 15.07.2005 übernimmt die Stadt Viernheim generell die Bürgschaft für die Absicherung der Wertguthaben aus Altersteilzeitvereinbarungen bei der Stadtwerke GmbH.

Die Bürgschaft ist jederzeit mit einer Frist von 3 Monaten zum Quartalsende kündbar.

Die Stadt Viernheim erhält für die Bürgschaftsübernahme eine Provision von 0,5 % pro Jahr jeweils zum Jahresende für das abzusichernde Wertguthaben.

Geprüfter und bestätigter Lagebericht für das Geschäftsjahr 2006:

Die Stadtwerke Viernheim GmbH schließt das Wirtschaftsjahr 2007 mit einem Jahresergebnis nach Steuern von 377.627,94 € ab. Das Ergebnis sinkt damit auf ca. 62 % des Vorjahres. Ein Hauptgrund für die Verschlechterung ist die außergewöhnlich warme Witterung sowohl am Jahresanfang wie auch am Jahresende 2007. Der Gas- und Fernwärmeabsatz sind entsprechend gesunken, es wurden jeweils ca. 12,4 bzw. 12,9 % weniger abgesetzt. Aufgrund des Klimawandels werden diese witterungsbedingten Umsatzausfällen zukünftig wahrscheinlicher. Außerdem geht der Endkunde wegen des starken Anstiegs der Energiepreise deutlich bewusster mit Strom und Erdgas um.

Der Anstieg der Energiepreise hat nach dem Jahreswechsel noch an Dynamik gewonnen. Die Preise für Öl und Kohle sind an den weltweiten Märkten deutlich angestiegen. Hinzu kommen Preissteigerungen bei den CO²-Zertifikaten aufgrund geringerer Zuteilungen. Diese Zertifikate werden bei der Stromerzeugung benötigt und wirken sich damit direkt auf den Strompreis aus. Da die Preissteigerungen der jüngsten Vergangenheit – sofern sie Bestand haben – bei den Endkunden teilweise erst im Jahre 2009 ankommen werden, wird sich der bewusste Umgang mit Energie verstärken. Parallel sind zunehmend Probleme beim Inkasso zu erwarten, da viele Haushalte von dieser Preissteigerung überrascht und überfordert sein werden.

Bereits 2007 zeigten die Energieeinsparungsbemühungen der Kunden erste Auswirkungen. So konnte bei den Haushaltskunden erstmals 2007 ein nennenswerter Rückgang beim Stromverbrauch festgestellt werden. Diese Entwicklung wird sich nun weiter verstärken.

Parallel wirkt sich die zunehmende Verbrauchssensibilität auch auf den Trinkwasserverbrauch aus, obwohl die Viernheimer Wasserpreise in den letzten Jahren stabil geblieben sind. Im Jahr 2007 sank der Wasserabsatz deutlich stärker als der relativ feuchte Sommer 2007 erwarten ließ.

Zusammengefasst muss in den Kernsparten im Kundenbestand in Zukunft mit nennenswertem Absatzrückgang gerechnet werden, der vermutlich nur teilweise durch Neukundenwerbungen im Regionalgeschäft kompensiert werden kann.

Parallel zu den Preisentwicklungen erhöht sich der Wettbewerbsdruck auf dem Strom- und Gasendkundenmarkt. Seit dem Jahr 2007 werden nun auch Gaskunden von „neuen“ Lieferanten umworben. Die Margen sinken, da viele „neue“ Anbieter zunächst mit dem Ziel „Kunden zu gewinnen“, angetreten sind und hierfür auch vorübergehend Verluste akzeptieren. In einem solchen Umfeld sinken absehbar die Margen zu Lasten des Ergebnisses.

Aufgrund des soliden Regionalgeschäftes und der stabilen Verankerung im Heimatmarkt werden sich zunächst die Kundenverluste der Stadtwerke Viernheim GmbH, die nicht ausbleiben werden, in Grenzen halten. Um mittelfristig wettbewerbsfähig anbieten zu können, wird jedoch ein direkter Zugriff auf Energieerzeugungs- und Gewinnungsanlagen immer wichtiger. Aus diesem Grund hat sich die Stadtwerke Viernheim GmbH an einer Kraftwerksbeteiligungsgesellschaft beteiligt und ist bestrebt, auch in Offshore-Windstromgeneratoren zu investieren. Beide Engagements sind geeignet, sich mittelfristig auf die Stromgestehung günstig auszuwirken, um gegen Wettbewerber mit eigenen Erzeugungskapazitäten zu bestehen

Darüber hinaus bieten lokale Erzeugungsanlagen auf Basis regenerativer Technologien in Verbindung mit Gesetzen zur Förderung Regenerativer Energien Chancen, sich bereits heute eine subventionierte Infrastruktur zu schaffen, die in Zukunft einen nennenswerten Teil der benötigten Energie bereitstellt. Der sich abzeichnende Klimawandel hat bei Politik, Bürger und Kunde die Bereitschaft gefördert, die Mehrkosten einer solchen Infrastruktur zu tragen.

Mit dem Angebot des „Viernheimer Sonnenscheins“ ermöglichen die Stadtwerke Viernheim seit Anfang 2008 ihren Kunden die indirekte Beteiligung an Stromerzeugungsanlagen aus regenerativen Energien. Durch ein zweckgebundenes Darlehen an die Stadtwerke Viernheim GmbH können Kunden den Bau solcher Anlagen fördern und zugleich eine interessante Verzinsung für ihr Kapital erhalten.

Das Thema der nachhaltigen Ressourcennutzung wird in Zukunft immer wichtiger. Die Stadtwerke sehen es als ihre Aufgabe an, insbesondere die lokalen Möglichkeiten diesbezüglich voranzutreiben, sofern es wirtschaftlich vertretbar ist.

Eigentumsüberlassung

Haupteinnahmequelle der Stadtwerke Viernheim GmbH ist weiterhin die Verpachtung der Versorgungsnetze für Strom, Gas, Wasser, Fernwärme in Viernheim an die Stadtwerke Viernheim Netz GmbH. Die Versorgungsnetze stellen einen wesentlichen Teil des Vermögens der Stadtwerke Viernheim GmbH dar.

Der Pachtvertrag soll der Stadtwerke Viernheim GmbH eine angemessene Verzinsung des in den Netzen gebundenen Kapitals sichern.

Die ersten Anträge der Stadtwerke Viernheim Netz GmbH auf Genehmigung der Netzentgelte wurden im Berichtsjahr beschieden. Aufgrund des politischen Auftrages, die Netzentgelte zu senken, wurden seitens der Regulierungsbehörden nur reduzierte Erlösobergrenzen genehmigt. Die wesentlichen vorgenommenen Kürzungen, die branchenweit durchgeführt wurden, sind Gegenstand verschiedener gerichtlicher Klärungen. Die Stadtwerke Viernheim Netz GmbH ist daher auf die Stadtwerke Viernheim GmbH zu gekommen, um den Pachtvertrag entsprechend anzupassen. Sofern die Positionen der Regulierungsbehörden vor Gericht bestätigt werden, bedeutet dies eine Teilentwertung des Vermögens der Stadtwerke Viernheim GmbH.

Vertrieb und Handel

Die Stadtwerke Viernheim GmbH bieten seit Jahren ihren Kunden im regionalen Vergleich günstige Preise an. In Folge waren ein stetiger Kundenzustrom und eine gute Kundenbindung insbesondere auch im regionalen Stromgeschäft zu verzeichnen. Ein Einstieg in das regionale Gaskundengeschäft seitens der Stadtwerke Viernheim GmbH ist bisher aufgrund der teilweise noch unklaren Randbedingungen nicht erfolgt.

Die Anzahl der Wettbewerber bei Strom und Gas erhöht sich aber stetig. Trotz des sehr aggressiven Marketing einiger Anbieter ist es der Stadtwerke Viernheim GmbH in 2007 weitgehend gelungen, die Kundenzahlen zu halten. Unvermeidlichen Verlusten stehen praktisch gleich viele Neuakquisitionen gegenüber. Nur der Verlust einiger größerer Sonderkunden und die Einsparerfolge der Kunden sind für eine leichte Absenkung des Stromabsatzes um knapp 5 % im Vergleich zum Vorjahr verantwortlich.

Der frühzeitige Einstieg in eine strukturierte Strombeschaffung und der Aufbau entsprechender Beschaffungs- und Abwicklungsfähigkeiten beim Strom waren die Voraussetzung für die Akquisition von Kunden auch außerhalb des früheren Konzessionsgebietes. Dank dieser Akquisition konnten die Marktposition und Absatzvolumina erfolgreich gehalten werden. Durch die neue Regelung zum Netzzugang wurden mittlerweile auch die Bedingungen im Gasmarkt geschaffen, Einkauf und Vertrieb analog dem Strommarkt aufzubauen.

en. Konsequenterweise sind die Stadtwerke Viernheim GmbH dabei, auch hier zusammen mit Kooperationspartnern das entsprechende Know-how aufzubauen, um jederzeit kurzfristig auch in den Regionalvertrieb Gas einsteigen zu können.

Nahverkehr

Im Bereich des Nahverkehrs erfolgte im Jahr 2007 die Erneuerung der Konzession für den Stadtbusverkehr für die nächsten 8 Jahre. In diesem Zusammenhang wurden seitens der Stadtwerke Viernheim GmbH über eine neutrale Vergabestelle auch die Fuhrleistungen im Wettbewerb für die Laufzeit der Konzession ausgeschrieben. Dies gibt nun hohe Planungssicherheit für die nächsten Jahre. Dies und die im Jahr 2006 erfolgte Übernahme der Betreuung einer größeren Anzahl von Abo-Kunden ermöglichten einen weiteren Abbau des Spartendefizits um beinahe 25 %.

Bäderwesen

Im Rahmen der Bestrebungen, die Viernheimer Bäder attraktiver zu machen, gelang es, die Kursangebote im Hallenbad auszubauen und hiermit mehr Badegäste zu gewinnen. So konnte in 2007 zumindest im Hallenbad gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung der Besucherzahlen um ca. 10 % festgestellt werden. Auch die Saunaeinrichtungen erfreuen sich gleich bleibender Beliebtheit und weisen eine erfreuliche Auslastung auf. Die relativ ungünstige Witterung im Sommer 2007 führte aber zu schwachen Besucherzahlen im Freibad. Insbesondere das Fehlen längerer Hitzeperioden machte sich bemerkbar. Das Bäderwesen als Bestandteil der Viernheimer Daseinsfürsorge ist wie in der Vergangenheit weiterhin stark defizitär und muss aus den Erträgen der Eigentumsüberlassung mitfinanziert werden.

Dienstleistungen

Die Stadtwerke Viernheim GmbH erbringen umfangreiche Dienstleistungen. Schwerpunkt sind hierbei die Dienstleistungen für die Stadtwerke Viernheim Netz GmbH mit der ein Dienstleistungsvertrag bezüglich der Unterhaltung der Versorgungsnetze in Viernheim abgeschlossen wurde. Darüber hinaus werden Dienstleistungen für Endkunden, die Stadt Viernheim und Nachbarkommunen erbracht. Das Spektrum umfasst die Erstellung von Hausanschlüssen, die Wartungen an kundeneigenen Stationen sowie ein kompletter Wärme-Service zur Bereitstellung von Nutzwärme, Unterhaltstätigkeiten an Wassernetzen, die Betriebsführung für Straßenbeleuchtungen und Abwasserentsorgung, die Übernahme von Erschließungen, Vermessungsarbeiten und vieles mehr.

Risikomanagement

Der Betrieb von Versorgungseinrichtungen ist immer mit wirtschaftlichen und technischen Risiken verbunden. Im Rahmen der Wirtschaftsplanung auf fünf Jahre werden diese Risiken in Verbindung mit dem Anlagebetrieb aller Sparten bereits berücksichtigt. Durch bedarfs- und zustandsorientierte Instandhaltung werden aktuelle Risiken eingeschränkt und durch 5-Jahresplanungen sind Aufwendungen aus dem mittelfristig identifizierten Risiken planerisch erfasst.

Das vorhandene Risikofrüherkennungssystem wird zu dem genutzt, um regelmäßig eine Revision der identifizierten Risiken durchzuführen.

Durch die Liberalisierung der Energiemärkte, den Ausbau der Produkthaftung, Insolvenzen von Geschäftspartnern sowie den zunehmenden Trend, Vertragsbeziehungen juristisch in Frage zu stellen, ergeben sich zunehmend unternehmerische Risiken. Unvermeidliche Risiken treten zudem beim Energieein- und -verkauf aufgrund von Marktfluktuationen auf. Eine regelmäßige Revision dieser Risiken auch im Aufsichtsgremium der Gesellschaft und

ein bewusster Umgang mit diesen Risiken sind letztlich die besten Vorsichtsmaßnahmen.

Ausblick

Die Entwicklungen am Energiemarkt werden auch in den nächsten Jahren weitere Dynamik aufweisen. Bedingt durch die Anreizregulierung und den Wettbewerb werden die wirtschaftlichen Spielräume enger. Parallel wachsen die Belastungen durch Regulierungsbürokratie und weitere staatliche Eingriffe in die Branche. Nur durch systematische Kostenoptimierung und Kooperationsansätze mit anderen Stadtwerken können diesen Zusatzbelastungen wettbewerbsverträglich abgefangen werden. In den nächsten zwei Jahren kann nur mit einer relativ niedrigen Eigenkapitalrendite gerechnet werden. Die Stadtwerke Viernheim GmbH stellt sich dieser Herausforderung in der Erwartung, dass nach einer entsprechenden Übergangszeit und entsprechender Marktberreinigung wieder eine angemessene Eigenkapitalrendite zu erwirtschaften ist.

Auszug aus dem Prüfungsbericht der WIBERA zum Lagebericht 2006 – Grundsätzliche Feststellungen

◆ Stellungnahme zur Lagebeurteilung der Geschäftsführung:

Die Beurteilung der Lage der Gesellschaft, insbesondere die Beurteilung des Fortbestandes und der wesentlichen Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung des Unternehmens, ist plausibel und folgerichtig abgeleitet.

Nach dem Ergebnis unserer Prüfung und den dabei gewonnenen Erkenntnissen, ist die Lagebeurteilung des gesetzlichen Vertreters dem Umgang nach angemessen und inhaltlich zutreffend.

◆ Wesentliche Geschäftsvorfälle

Auswirkungen auf den Bereich „Eigentumsüberlassung“ hatte die deutliche Reduzierung des Pachtzinses – insbesondere für den Bereich „Eigentum Strom“ von 8,0 % auf 5,0 % - was dort entsprechend zu einer spürbaren negativen Beeinflussung des Betriebsergebnisses führte. Insbesondere nahm das Betriebsergebnis des Betriebszweiges „Eigentumsüberlassung“ um T€ 905 ab.

Durch Beschluss der Gesellschafterversammlung wurde der Jahresabschluss 2006 in Höhe von € 610.324,79 der Gewinnrücklage zugeführt.

Mit Prüfungsanordnung vom 9. August 2007 hat das Hauptzollamt Darmstadt eine Außenprüfung durchgeführt. Geprüft wurde die Strom- und Energiesteuer für die Jahre 2005 und 2006. Das Hauptzollamt hat laut Prüfungsbericht vom 20. Februar 2008 die Module des BHKW Essigzapfen als unmittelbar miteinander verbunden angesehen (elektrische Nennleistung von zusammen 2,8 MW) und somit eine Stromsteuerbefreiung nach § 9 Abs 1 Nr. 3 StromStG nicht anerkannt. Im Geschäftsjahr 2008 hat die Gesellschaft eine Nachzahlung von T € 345 zu leisten.

Die SWV behandelt diesen Sachverhalt bilanziell unverändert und hat auch im Geschäftsjahr 2007 hierfür eine Rückstellung („Rückstellung BHKW Essigzapfen“) gebildet. Die Gesellschaft hat am 30. April 2008 gegen den Bescheid Einspruch eingelegt.

Die Gesellschaft muss gem. Ergebnisabführungsvertrag mit der Stadtwerke Viernheim Netz GmbH deren Jahresfehlbetrag übernehmen.

2.2.2.2. Stadtwerke Viernheim Netz GmbH



Industriestraße 2
68519 Viernheim
Tel: 06204/989-0, Fax: 06204/989-250

Unternehmenszweck:

Die Stadtwerke Viernheim Netz GmbH als 100%-ige Tochter der Stadtwerke Viernheim GmbH ist für den Betrieb, die Unterhaltung und den Ausbau der örtlichen Verteilungsanlagen für Elektrizität, Gas, Wärme und Wasser einschließlich der Wahrnehmung aller dazugehörigen Aufgaben und Dienstleistungen zuständig.

Während die Stadtwerke Viernheim GmbH die Lieferung o.a. Wirtschaftsgüter übernimmt, ist die Stadtwerke Viernheim Netz GmbH für die erforderlichen Leitungen zuständig.

Organe des Unternehmens:

*Gesellschafter-
versammlung:* der Magistrat der Stadt Viernheim

Geschäftsführung: Dr. Ralph Franke

Rechtliche und wirtschaftliche Daten:

Sitz: Viernheim

Rechtsform: GmbH

Gründung: 23.12.2004

Stammkapital: 50.000 €

Gesellschafter: Alleingesellschafter ist die Stadt Viernheim GmbH

Beteiligungen: Alleingesellschafter ist die Stadt Viernheim GmbH

Jahresabschluss: 2007

geprüft durch die WIBERA, Wirtschaftsberatung Aktiengesellschaft, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Feststellung durch die Gesellschafterversammlung am 14.07.2008

Bilanz des Unternehmens

AKTIVA			PASSIVA		
	Stand 31.12.2007 €	Stand 31.12.2006 €		Stand 31.12.2007 €	Stand 31.12.2006 €
A. Umlaufvermögen	770.607,32	956.032,48	A. Eigenkapital	49.998,05	49.998,05
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	719.689,73	931.374,49	I. Gezeichnetes Kapital	50.000,00	50.000,00
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	100.924,72	35.289,39	II. Verlustvortrag	1,95	1,95
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	618.765,01	896.085,10	III. Jahresüberschuss/-fehlbetrag (-)	0,00	0,00
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	50.917,59	24.657,99	B. Rückstellungen	537.100,00	653.922,14
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	9.044,00	1. Sonstige Rückstellungen	537.100,00	653.922,14
SUMME AKTIVA	770.607,32	965.076,48	C. Verbindlichkeiten	183.509,27	261.156,29
			1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	179.452,86	261.156,29
			3. Sonstige Verbindlichkeiten	4.056,41	0,00
			SUMME PASSIVA	965.076,48	965.076,48

Gewinn- und Verlustrechnung

Position	GuV 2007 €
+ Umsatzerlöse	14.466.798,35
+ sonstige betriebliche Erträge	193.852,09
- Materialaufwand	13.312.686,42
- Personalaufwand	306.981,69
- sonstige betriebliche Aufwendungen	2.037.917,82
Betriebsergebnis	-996.935,49
+ sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	301,16
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-996.634,33
+ Erträge aus Verlustübernahme (durch Stadtwerke Viernheim GmbH)	996.634,33
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	0,00

Geprüfter und bestätigter Lagebericht für das Geschäftsjahr 2007:

Für die Stadtwerke Viernheim Netz GmbH war auch das Jahr 2007 geprägt von dem Thema Netzentgeltregulierung. Die beantragten Erlösobergrenzen für die beiden regulierten Energienetze Strom und Gas wurden nur mit entsprechenden Abschlägen genehmigt. Die Nichtanerkennung von Kosten erfolgte insbesondere bei den Positionen, die bundesweit strittig sind und in laufenden Prozessen anderer Netzbetreiber derzeit gerichtlich überprüft werden. Wirtschaftlich bedeutsam sind hier insbesondere die Höhe der kalkulatorischen Abschreibungen, aber auch die Höhe der anerkannten Verzinsung für Fremdkapital sowie eine Vielzahl weiterer Punkte, bei denen aus Sicht der Netzbetreiber durch das Gesetz nicht gestützter Kürzungen bundesweit vorgenommen wurden. Eine Klärung der wesentlichen Streitpunkte wird durch eine Reihe beim Bundesgerichtshof anhängiger Verfahren erwartet. Die uneinheitliche Rechtsprechung der Oberlandesgerichte unterstreicht die Bedeutung der erwarteten Entscheidung.

Die Auswirkungen zeigen sich wiederum im Jahresergebnis der Stadtwerke Viernheim Netz GmbH. Sowohl beim Strom- wie auch beim Gasnetz werden die Belastungen nicht durch die Erträge aus den Netznutzungsentgelten abgedeckt. Der Jahresverlust der Stadtwerke Viernheim Netz GmbH in Höhe von 997 T€ wird jedoch aufgrund eines Ergebnisabführungsvertrages mit der Stadtwerke Viernheim GmbH von dieser ausgeglichen.

Im Jahr 2009 erfolgt der Einstieg in die Anreizregulierung. Die Länge der Regulierungsperiode beträgt beim Gas 4 Jahre und beim Strom 5 Jahre. Vorgabe ist hierbei eine jährliche Absenkung der Erlösobergrenzen der Netzentgelte Strom und Gas. Diese jährliche Absenkung wird einerseits durch Einsparungen im Betrieb sowie bei der Unterhaltung und andererseits durch sinkende Abschreibungen aufgrund ausbleibender Investitionen zu erreichen sein. Aufgrund der Verantwortung für die Versorgungssicherheit und die Vorhaltung einer bedarfsgerechten Infrastruktur in Viernheim, wird es hierbei mittelfristig zu Konflikten mit dem Ziel eines zumindest ausgeglichenen Ergebnisses der Gesellschaft kommen.

Zu den Netzen:

Stromverteilung

Der Netzbetrieb lief auch im Jahr 2007 ohne größere Störungen. Die Einspeisung in das Viernheimer Netz ist in diesem Jahr wieder geringfügig gesunken.

Steigende Energiepreise führen zu verstärkten Einsparbemühungen bei den Kunden.

Die umfangreichen Berichtspflichten und administrativen Vorgaben seitens der Regulierungsbehörde erhöhen den bürokratischen Arbeitsaufwand ebenso wie erweiterte Dokumentationserfordernisse dank der verschärften Haftungstatbestände und die Beweislastumkehr im Rahmen der im Jahre 2006 in Kraft getretenen Niederspannungsanschlussverordnung (NAV). Für die Stromversorgung wurde im Rahmen der Anreizregulierung das vereinfachte Verfahren beantragt und genehmigt.

Aufgrund der von den Regulierungsbehörden festgelegten Erlösobergrenzen konnten die entstandenen Kosten (Betrieb, Unterhalt, Pacht, Administration) in der Stromverteilung nicht erwirtschaftet werden. Das Geschäftsjahr wurde vor der Ergebnisabführung mit einem Verlust von 510 T€ abgeschlossen. Je nach Ergebnis der anstehenden Gerichtsverfahren vor dem Bundesgerichtshof wird ggf. eine Korrektur der Pachtbedingungen vom Verpächter einzufordern sein, um nachhaltige Verluste in dieser Sparte abzuwenden.

Gasverteilung

Der Netzbetrieb wies im Jahr 2007 keine größeren Störungen auf. Das Grauguss-sanierungsprogramm wurde auch 2007 fortgesetzt. Neuerschließungen beschränkten sich auf konkrete Kundenwünsche und erfolgen derzeit nur in geringem Umfang. Durch Bestrebungen der kommunalen Verantwortungsträger, verstärkt auf Passivbauweise bei neuer Wohnbebauung zu drängen, stellt sich zudem bei allen Neubaugebieten die Frage nach der Wirtschaftlichkeit einer Erschließung mit Erdgas. Neuinvestitionen werden auch durch das System der Anreizregulierung in Frage gestellt, weil diese nun innerhalb einer Regulierungsperiode in der Regel nicht zu höheren Erlösobergrenzen führen.

Die Stadtwerke Viernheim Netz GmbH hatte im Rahmen der Anreizregulierung auch für die Gasversorgung das vereinfachte Verfahren beantragt und eine entsprechende Genehmigung erhalten.

Aufgrund der direkten Anbindung an das Regionalnetz der EON Gastransport AG & Co. KG und eines ausreichend dimensionierten Verteilnetzes sind Versorgungsengpässe im Viernheimer Netz im Regelfall nicht zu erwarten.

Das negative Ergebnis der Gasverteilung in Höhe von 491 T€ in 2007 ist in erster Linie durch den außergewöhnlich niedrigen Gasabsatz im Jahr 2007 bedingt. Bei Fortschreibung des langjährigen Mittelwertes hätte über 41 GWh mehr Erdgas durch das Netz transportiert werden müssen. In diesem Falle wäre ein besseres Spartenergebnis möglich gewesen. In der Anreizregulierung erlaubte das Instrument der Mehr-/Mindererlössaldierung, solche Erlösausfälle in Zukunft in den Folgejahren nachzuholen, so dass für das Gasnetz die Verluste in den nächsten Jahren zurückgehen werden.

Wasserverteilung

Das Jahr 2007 verzeichnete einen überraschend hohen Rückgang des Wasserabsatzes, der nicht nur witterungsbedingt sein kann. Eine höhere Kostensensibilität und damit verbundene verstärkte Einsparbemühungen der Kunden dürften die Ursache hierfür sein. Die Versorgung erfolgte ohne größere Probleme. Dank der umfassenden Sanierungsanstrengungen in den vergangenen Jahren weist das Viernheimer Netz weiterhin außergewöhnlich niedrige Wasserverluste in Höhe von 2.3% auf. Damit sind mittlerweile das ursprüngliche Sanierungsziel und eine gute Netzqualität erreicht. Das Ergebnis der Wasserverteilung ist neutral.

Wärmeverteilung

Das Fernwärmenetz in Viernheim wurde in den letzten Jahren nur wenig erweitert. Die verfügbaren Erzeugungskapazitäten erlauben noch eine weitergehende Verdichtung an den vorhandenen Trassen, jedoch keine größeren Neuerschließungen. Das Ergebnis der Wärmeverteilung ist neutral.

Ausblick

Für die nächsten Jahre sind wir aufgrund der in den letzten Jahren umfangreich durchgeführten Sanierungen im Gas- und Wassernetz und einem entsprechend guten Zustand der Netze gut gerüstet.

Auszug aus dem Prüfungsbericht der WIBERA zum Lagebericht 2007 – Grundsätzliche Feststellungen

◆ Stellungnahme zur Lagebeurteilung der Geschäftsführung:

Die Beurteilung der Lage der Gesellschaft, insbesondere die Beurteilung des Fortbestandes und der wesentlichen Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung des Unternehmens, ist plausibel und folgerichtig abgeleitet.

Nach dem Ergebnis unserer Prüfung und den dabei gewonnen Erkenntnissen ist die Lagebeurteilung des gesetzlichen Vertreters dem Umfang nach angemessen und inhaltlich zutreffend.

◆ Wesentliche Geschäftsvorfälle und bilanzpolitische Maßnahmen

Unter den bilanzpolitischen Maßnahmen verstehen wir alle sachverhaltsgestaltenden Maßnahmen und Bewertungsentscheidungen, die sich auf die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken. Sachverhaltsgestaltend sind Maßnahmen, die sich auf den Ansatz und/oder die Bewertung von Vermögensgegenständen und Schulden auswirken, sofern sie von der üblichen Gestaltung abweichen, die nach unserer Einschätzung den Erwartungen der Abschlussadressaten entspricht, und sich die Abweichungen von der üblichen Gestaltung auf die Gesamtaussage des Jahresabschlusses wesentlich auswirkt.

Als sachverhaltsgestaltende Maßnahme haben wir die Rückstellung für eventuelle Rückforderungen von Netzentgelten für die Jahre 2004 bis 2007 eingeordnet. Im Berichtsjahr erfolgte die Auflösung der Rückstellung für das Jahr 2004 in Höhe von T€ 192.

4. Allgemeine gesetzliche Grundlage

In **Artikel 28 Absatz 2** des **Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland (GG)** ist das Recht der Gemeinden auf Regelung aller örtlichen Angelegenheiten in eigener Verantwortung garantiert.

- (2) „Den Gemeinden muss das Recht gewährleistet sein, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln.....Die Gewährleistung der Selbstverwaltung umfasst auch die Grundlagen der finanziellen Eigenverantwortung.....“.

Artikel 137 der Verfassung des Landes Hessen (HV) greift dieses Recht auf kommunale Selbstverwaltung in den Absätzen 1 und 3 auf und regelt, dass die Gemeinden in ihrem Gebiet unter eigener Verantwortung die ausschließlichen Träger der gesamten örtlichen öffentlichen Verwaltung sind.

- (1) *Die Gemeinden sind in ihrem Gebiet unter eigener Verantwortung die ausschließlichen Träger der gesamten örtlichen öffentlichen Verwaltung. Sie können jede öffentliche Aufgabe übernehmen, soweit sich nicht durch ausdrückliche gesetzliche Vorschriften anderen Stellen im dringenden öffentlichen Interesse ausschließlich zugewiesen sind.*
- (3) *Das Recht der Selbstverwaltung ihrer Angelegenheiten wird den Gemeinden und Gemeindeverbänden vom Staat gewährleistet. Die Aufsicht des Staates beschränkt sich darauf, dass ihre Verwaltung im Einklang mit den Gesetzen geführt wird.*

§ 1 Absatz 1, Satz 2 und § 2 Satz 1 der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) nehmen diese verfassungsmäßige Grundlage der kommunalen Selbstverwaltung auf und stellen heraus, dass die Gemeinde das Wohl ihrer Einwohner in freier Selbstverwaltung durch Stadtverordneten-Versammlung und Magistrat fördert und dass sie grundsätzlich die ausschließliche und eigenverantwortliche Trägerschaft der öffentlichen Verwaltung im Gemeindegebiet inne hat.

§ 1

- (1) *.....Sie fördert das Wohl ihrer Einwohner in freier Selbstverwaltung durch ihre von den Bürgern gewählten Organe.*

§ 2

Die Gemeinden sind in ihrem Gebiet, soweit die Gesetze nicht ausdrücklich etwas anders bestimmen, ausschließliche und eigenverantwortliche Träger der öffentlichen Verwaltung.

Mit den **§§ 121, 122 HGO** wird den Kommunen die Möglichkeit eröffnet, sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben unter bestimmten Voraussetzungen wirtschaftlich zu betätigen und sich an Gesellschaften zu beteiligen.

§ 121 HGO

- (1) *Die Gemeinde darf sich wirtschaftlich betätigen, wenn*

1. *der öffentliche Zweck die Betätigung rechtfertigt,*
2. *Die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Gemeinde und zum voraussichtlichen Bedarf steht und*
3. *der Zweck nicht ebenso gut und wirtschaftlich durch einen privaten Dritten erfüllt wird oder erfüllt werden kann.*

Soweit Tätigkeiten vor dem 1. April 2004 ausgeübt wurden, sind sie ohne die in Satz 1 Nr. 3 genannten Einschränkungen zulässig.

- (2) *Als wirtschaftliche Betätigung gelten nicht Tätigkeiten*

1. *zu denen die Gemeinde gesetzlich verpflichtet ist,*

2. auf den Gebieten des Bildungs-, Gesundheits- und Sozialwesens, der Kultur, des Sports, der Erholung, der Abfall- und Abwasserbeseitigung sowie

3. zur Deckung des Eigenbedarfs.

Auch diese Unternehmen und Einrichtungen sind, soweit es mit ihrem öffentlichen Zweck vereinbar ist, nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu verwalten und können entsprechend den Vorschriften über die Eigenbetrieb geführt werden.

- (4) Ist eine Betätigung zulässig, sind verbundene Tätigkeiten, die üblicherweise im Wettbewerb zusammen mit der Haupttätigkeit erbracht werden, ebenfalls zulässig; mit der Ausführung dieser Tätigkeiten sollen private Dritte beauftragt werden, soweit das nicht unwirtschaftlich ist.
- (5) Die Betätigung außerhalb des Gemeindegebietes ist zulässig, wenn
1. bei wirtschaftlichen Betätigungen die Voraussetzungen des Abs. 1 vorliegen und
 2. die berechtigten Interessen der betroffenen kommunalen Gebietskörperschaften gewahrt sind. Bei gesetzlich liberalisierten Tätigkeiten gelten nur die Interessen als berechtigt, die nach den maßgeblichen Vorschriften eine Einschränkung des Wettbewerbs zulassen.
- (6) Vor der Entscheidung über die Errichtung, Übernahme oder wesentliche Erweiterung von wirtschaftlichen Unternehmen sowie über eine unmittelbare oder mittelbare Beteiligung ist die Gemeindevertretung auf der Grundlage einer Markterkundung umfassend über die Chancen und Risiken der beabsichtigten unternehmerischen Betätigung sowie über deren zu erwartende Auswirkungen auf das Handwerk und die mittelständische Wirtschaft zu unterrichten. Vor der Befassung der Gemeindevertretung ist den örtlichen Handwerkskammern, Industrie- und Handelskammern sowie Verbänden Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben, soweit ihr Geschäftsbereich betroffen ist. Die Stellungnahmen sind der Gemeindevertretung zur Kenntnis zu geben.
- (7) Die Gemeinden haben mindestens einmal in jeder Wahlzeit zu prüfen, inwieweit ihre wirtschaftliche Betätigung noch die Voraussetzungen des Abs. 1 erfüllt und inwieweit die Tätigkeiten privaten Dritten übertragen werden können.
- (8) Wirtschaftliche Unternehmen der Gemeinde sind so zu führen, dass sie einen Überschuss für den Haushalt der Gemeinde abwerfen, soweit dies mit der Erfüllung des öffentlichen Zwecks in Einklang zu bringen ist. Die Erträge jedes Unternehmens sollen mindestens so hoch sein, dass
1. alle Aufwendungen und kalkulatorischen Kosten gedeckt werden.
 2. die Zuführungen zum Eigenkapital (Rücklagen) ermöglicht werden, die zur Erhaltung des Vermögens des Unternehmens sowie zu seiner technischen und wirtschaftlichen Fortentwicklung notwendig sind und
 3. eine marktübliche Verzinsung des Eigenkapital erzielt wird.
- Lieferungen und Leistungen von anderen Unternehmen und Verwaltungszweigen der Gemeinde an das Unternehmen sowie Lieferungen und Leistungen des Unternehmens an andere Unternehmen und Verwaltungszweige der Gemeinde sind kostendeckend zu vergüten
- (9) Bankunternehmen darf die Gemeinde nicht errichten, übernehmen oder betreiben. Für das öffentliche Sparkassenwesen verbleibt es bei den besonderen Vorschriften. [Sparkassengesetz]

§ 122 HGO

(1) *Die Gemeinde darf eine Gesellschaft, die auf den Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens gerichtet ist, nur gründen oder sich daran beteiligen, wenn*

- 1. die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 vorliegen,*
- 2. die Haftung und die Einzahlungsverpflichtung der Gemeinde auf einen ihre Leistungsfähigkeit angemessenen Betrag begrenzt ist*
- 3. die Gemeinde einen angemessenen Einfluss, insbesondere im Aufsichtsrat oder in einem entsprechenden Überwachungsorgan erhält.*
- 4. gewährleistet ist, dass der Jahresabschluss und der Lagebericht, soweit nicht weitergehende gesetzliche Vorschriften gelten oder andere gesetzliche Vorschriften entgegenstehen, entsprechend den für große Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches aufgestellt und geprüft werden.*

Die Aufsichtsbehörde kann von den Vorschriften der Nr. 2 bis 4 in besonderen Fällen ausnahmen zulassen

(2) *Abs. 1 gilt mit Ausnahme der Vorschrift Nr. 1 auch für die Gründung einer Gesellschaft, die nicht auf den Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens gerichtet ist, und für die Beteiligung an einer solchen Gesellschaft. Darüber hinaus ist die Gründung oder die Beteiligung an einer solchen Gesellschaft nur zulässig, wenn ein wichtiges Interesse der Gemeinde an der Gründung oder Beteiligung vorliegt.*

(3) *Eine Aktiengesellschaft soll die Gemeinde nur errichten, übernehmen, wesentlich erweitern oder sich daran beteiligen, wenn der öffentliche Zweck des Unternehmens nicht ebenso gut in einer anderen Rechtsform erfüllt werden kann.*

(4) *Gehören einer Gemeinde mehr als 50 vom Hundert der Anteile an einer Gesellschaft, so hat sie darauf hinzuwirken, dass*

- 1. in sinngemäßer Anwendung der für Eigenbetriebe geltenden Vorschriften,*
 - a) für jedes Wirtschaftsjahr ein Wirtschaftsplan aufgestellt wird*
 - b) der Wirtschaftsführung eine fünfjährige Finanzplanung zugrunde gelegt und der Gemeinde zur Kenntnis gebracht wird*
- 2. nach den Wirtschaftsgrundsätzen (§ 121 Abs. 8) verfahren wird, wenn die Gesellschaft ein wirtschaftliches Unternehmen betreibt.*

(5) *Abs. 1 bis 3 gelten entsprechend, wenn eine Gesellschaft, an der Gemeinden oder Gemeindeverbände mit insgesamt mehr als 50 vom Hundert beteiligt sind, sich an einer anderen Gesellschaft beteiligen will.*

(6) *Die Gemeinde kann einen Geschäftsanteil an einer eingetragenen Kreditgenossenschaft erwerben, wenn eine Nachschusspflicht ausgeschlossen ist oder die Haftsumme auf einen bestimmten Betrag beschränkt ist.*

§ 126 HGO eröffnet den Gemeinden darüber hinaus auch eine Beteiligung an anderen privatrechtlichen Vereinigungen und kommunalen Interessenverbänden.